

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Kienrich & Co., Magdeburg, Reichstraße 10. Preis: 3. Jahrgang 1897. Redaktion und Druckerei: W. Kienrich & Co., Reichstraße 10, für die Redaktion 1794, für die Druckerei 961.

Pränumerando jährlicher Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Fracht) 2 M. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 M., 2 Exemplare 3.40 M. In der Expedition und den Verkaufsstellen Vierteljährlich 2 M. monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 qrt. Nachgeb. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und Illustrierte Nummern 10 Pf. Anzeigengebühr: die sechsgezeigte Zeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Reichsblatt 30 Pf., Post-Zeitungsliste Seite 405

Nr. 218.

Magdeburg, Donnerstag den 17. September 1908.

19. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten

Sozialdemokratischer Parteitag Deutschlands.

Zweiter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

C. B. Nürnberg, 15. September.

Vors. Singer eröffnet die Verhandlungen wieder kurz nach 9 Uhr. Begrüßungstelegramme sind zahlreich eingegangen, darunter auch von Zahlstellen der Gewerkschaften. Genosse Maurenbrecher hat eine längere Erklärung zu Protokoll gegeben, in der er bedauert, daß er nicht in die gestrige Debatte hat eingreifen können, weil er nicht Mitglied des Parteitages ist. Sein Artikel in der „Hilfe“ sei eine rein wissenschaftliche Arbeit, deren Veröffentlichung auch in „bürgerlichen“ Blättern nicht verboten sein. Grundwald habe den Artikel nicht so zitiert, daß sein Sinn hätte verstanden werden können.

Hierauf wird die Diskussion über den Vorstandsbericht beim Punkte

Frauenbewegung

fortgesetzt.

Von Elm (Hamburg) begründet seinen Gegenantrag zur Vorstandsresolution über Frauenorganisation. Sie lautet:

Jede Genossin ist verpflichtet, der sozialdemokratischen Parteiorganisation ihres Ortes beizutreten. Politische Sonderorganisationen sind nicht gestattet. Zur theoretischen und praktischen Schulung der Genossinnen können jedoch besondere Vereinsabende, zur Erörterung der die Frauen hauptsächlich interessierenden Fragen Frauenversammlungen veranstaltet werden.

Die Festsetzung der Beiträge für die weiblichen Mitglieder bleibt den einzelnen Organisationen überlassen. Empfehlenswert ist, die Beiträge für die weiblichen Mitglieder niedriger zu bemessen als für die männlichen.

Zu der Leitung der Verwaltung in den sozialdemokratischen Vereinen und Kreisorganisationen sind, wenn möglich, Genossinnen heranzuziehen, ebenfalls zur Leitung der Gesamtpartei. Den weiblichen Mitgliedern der Verwaltung liegt es ob, die notwendige Agitation im weiblichen Proletariat im Einvernehmen und unter Mitwirkung der tätigen Genossen und Genossinnen zu treiben.

Begründend führt von Elm aus, daß der Antrag des Vorstandes zu kategorisch sei. Seine Gegenresolution sei besser den praktischen Bedürfnissen angepaßt. Die Männer seien ja viel älter in der Partei, besondere Veranstaltungen für die Frauen seien also nötig, aber besondere Bildungsvereine seien nicht mehr notwendig. Auch das unbedingte Recht der Frauen auf Entsendung einer Delegierten zum Parteitag sei nicht anzuerkennen. Der Parteitag sei nicht da, um Genossinnen auszubilden, sondern um die selbständig denkenden Vertreter des Proletariats zu wichtigen Entscheidungen zusammenzubringen. Gleichberechtigung, aber keine Vorrechte für die Frauen. Der Parteivorstand ist den Frauen zart entgegengekommen. Auch die Forderung sei unannehmbar, daß die Männer ihre Frauen der Organisation zuführen sollten. Das sei ja eine Nichtachtung der Frauen, als ob sie nur von ihrem Manne kommandiert werde. (Seiterkeit.)

Lipinski (Leipzig): Ich bin prinzipiell mit Elm einverstanden, praktisch werde ich aber dem Vorstandsantrag zustimmen, weil er den Übergang zum neuen Organisationszustand vermittelt. Nur die Bestimmung ist unannehmbar, daß unter allen Umständen weibliche Mitglieder in den Vorstand aufgenommen werden müssen. Das ist in den großen Landkreisen einfach unmöglich; so viel auch für die Agitation arbeitsfähige Frauen haben wir noch nicht.

Luiße Pieh (Hamburg): Ich wundere mich, daß Genosse von Elm, der an allen Vorberatungen teilgenommen hat, plötzlich einen ganz neuen Organisationsentwurf vorlegt. Auch der Widerspruch gegen das weibliche Vorstandsmitglied ist mir unverständlich. Sie ist nichts weiter als die Fortsetzung der bisherigen weiblichen Vertrauensperson, deren Wahl auch obligatorisch vorgeschrieben war. Organisationsvorschriften müssen eben zwingend sein. Das weibliche Vorstandsmitglied solle keine Ehrenposten haben, sondern eine ernste Arbeitspflicht. Sie muß in erster Linie die Agitation unter den Frauen leiten, die praktisch angefaßt werden muß bei den Interessen der Frau als Arbeiterin, Mutter und Hausfrau. Wo keine geeigneten organisierten Frauen sind, können natürlich auch keine in den Vorstand gewählt werden. Aber tun Sie doch nicht so, auch die Frauenbewegung wird die Schwierigkeiten des Anfangs überwinden, genau wie die Männerbewegung sie überwunden hat. Elm warnte vor den Streitigkeiten, die durch besondere Bildungsvereine der Frauen entstehen könnten. Aber Ihr Männer habt Euch doch auch oft genug an den Haaren. (Seiterkeit.) Vielleicht hat nur Genosse von Elm mit den Frauen zu schlechte Erfahrungen gemacht. (Große Seiterkeit.) Die Verpflichtung der Genossinnen, ihre Familienangehörigen den Gewerkschaften zuzuführen, hat auf dem Gewerkschaftslongue Elm nicht beanstandet. Er weiß genau, was wir meinen: Die Männer sollen nicht so maukfaul sein (Seiterkeit), sondern etwas für die Aufklärung der Frauen tun, auch innerhalb der Familie. Auch den Fortbestand der Frauenkonferenzen halte ich für notwendig. Der Parteivorstand wird sie schon einberufen müssen. Geben Sie den Frauen möglichst viel Betätigungsfeld, damit wir alle gemeinsam gegen den gemeinsamen Feind führen. (Lebhafter Beifall.)

Goffmann (Hamburg): Trotz der begeisterten Ausführungen der Genossin von Pieh (Seiterkeit) bitte ich Sie, den Antrag Elm anzunehmen. Die Frauen müssen sich jetzt einfach in den Rahmen der Parteiorganisation einfügen. Auch besondere Frauenkonferenzen halte ich nicht für notwendig. Zeigen Sie nicht soviel Mißtrauen gegen den guten Willen der Parteigenossen. Wir in Hamburg haben wie in anderen Großstädten tüchtige Frauen auch in der Organisation gern anerkannt.

Haberland (Barmen): Ich bin im Gegensatz zu Elm entschieden dafür, die Frauen soviel wie möglich zur innern Organisation hinzuzuziehen. Die Argumente gegen die weiblichen Vorstandsmitglieder scheinen mir doch von der Anschauung auszugehen, daß der Mann an sich klüger ist. Nur die Fortsetzung der besonderen Bildungsvereine halte ich nicht für notwendig. Aber ich

erwarte von der Loyalität der Genossinnen, daß sie wenigstens keine neuen Bildungsvereine gründen.

Schredt (Bielefeld): Ich glaube, daß es sich empfiehlt, das Bequemlichkeitsgefühl der Männer durch eine Zwangsvorschrift zugunsten der Frauen zu überwinden.

Lipinski (Leipzig): Die Resolution des Parteivorstandes ist nur auf Preußen berechnet, bei uns in Sachsen sind die gemeinsamen Organisationen längst Latzache. Deshalb paßt diese Uebergangsresolution für uns nicht. Meiner Meinung nach genügt es auch, wenn ein weibliches Mitglied dem Parteivorstand angehört.

Seibert (Altona): Was in Hamburg und Leipzig schon durchgeführt ist, warum will man das durchaus nicht auf ganz Deutschland ausdehnen?

Frau Wackwitz (Dresden): Besondere Diskussionsabende und Frauenkonferenzen haben für die Genossinnen einen außerordentlich hohen Wert. Aber im übrigen sind die Differenzen sachlich nicht so groß, und ich halte eine einheitliche Resolution wohl für möglich.

Von Elm (Hamburg): Der Vorschlag, daß überall Frauen in die Vorstände gewählt werden müssen, ist praktisch unmöglich. Mein Antrag gibt den Frauen sachlich alles, was sie verlangen, nur in gemildeter Form. Mein Wahlkreis hat relativ den höchsten Prozentsatz organisierter Frauen in ganz Deutschland. Also werde ich doch die Frauenorganisation nicht hemmen wollen. Aber gemeinsam und gleichberechtigt mit den Männern müssen die Frauen in Rahmen des Möglichen die Organisation fördern. Auf der Frauenkonferenz hat man gesagt: „Wir Frauen sind die gebornen Terroristen“. Mir scheint, jetzt wollen sie den Parteitag terrorisieren. Wir haben allen Grund, uns gegen die Herrschaft des Pantoffels zu sträuben. (Gr. Seiterkeit.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Vors. Singer teilt einen Protest Klara Jekins und Grundwalds gegen die Erklärung Maurenbrechers mit. Der Artikel sei durchaus richtig zitiert worden, und die „Hilfe“ falle ohne weiteres unter die Dresdner Resolution.

Das Schlußwort

erhält Parteisekretär Müller: Lieber die Inserate in den Parteimagazinblättern korrespondieren wir mit den Parteigenossen schon seit langer Zeit. Möglichst viel sollen sie jedenfalls walden. Eine Ausdehnung der Tätigkeit des Pressebüros ist erst nach der ersten Verteilung der Kosten möglich. Den bestehenden Korrespondenzbüros soll eine Konkurrenz möglichst nicht gemacht werden. Das Programm der Parteischule auf die Geschichte der Sozialdemokratie auszuweihen, halte auch ich für notwendig. Daß der Lehrstoff zu hoch ist, oder die Parteischüler hochmütig werden, kann ich nicht zugeben. Der Parteivorstand wird der Parteischule auch in Zukunft sein regiestes Interesse zuwenden. Gegen beratende Konferenzen mit den Parteisekretären haben wir nicht das mindeste einzuwenden. Wir werden alles tun, um eine recht enge Fühlung mit den provinziellen und lokalen Organisationen herbeizuführen. In der Debatte über die Frauenorganisation ist viel zu wenig beachtet worden, daß es sich nur um Uebergangsvorschriften für ein Jahr handelt. In Konsequenz der ganzen zukünftigen Organisation wird das Delegationsrecht der Frauen besonders natürlich geändert werden. Aber die Debatte mit den feinen Unterscheidungen zwischen Müller, Kann, und Sollvorschriften macht mich schon schaudern vor den juristischen Parteidiskussionen des nächsten Jahres bei Revision des Gesamtstatuts. Daß die Vertreterin der Frauen zum Parteivorstand vom Parteitag gewählt wird, habe ich schon ausdrücklich festgesetzt. Eine besondere Verpflichtung der Genossinnen, ihre Frauen aufzuklären, brauchen wir nicht auszusprechen: das versteht sich von selbst. Denn wir haben alles zu tun, um eine große einheitliche deutsche Sozialdemokratie zu schaffen. (Beifall.)

Parteisekretär Ebert: Wir haben unsere Resolution absichtlich auf die Freie Vereinigung der Gewerkschaften beschränkt. Wir sind aber damit einverstanden, daß sie auf alle Neugründungen und alle lokalen Gewerkschaften ausgedehnt wird, die sich dem Eijener Beschluß nicht fügen. Nur der Solinger Industriebund bleibt vorläufig ausgenommen.

Sekretär des Bildungsausschusses Heinrich Schulz: Eine Erweiterung des Lehrplans der Parteischule auf die Geschichte des Sozialismus erscheint auch uns erwünscht. Aber bisher wuchs uns kein Kornfeld in der flachen Hand. Was da die Genossin Luxemburg verlangt hat, ist etwas ganz anders als der ewige Geschichtsunterricht Maurenbrechers, der die Biographien Napoleons, Napoleons und Friedrichs des Großen bringt und dadurch nur zur Heroenverehrung führt. Die Parteischule hat ihre Schüler nicht arrogant gemacht, sondern zur richtigen Bescheidenheit erzogen. Die beiden Parteischüler, die hier gesprochen haben, haben ihre gute Sache nicht unbescheiden, sondern lediglich temperamentvoll und unverbümt verfochten. (Eisner ruft: Unverbümt schämt!) Das zeigt nur, daß wir uns überhaupt nur noch schwer verständigigen. Ihre Anschauungen energisch zu verfechten, ist das Recht auch der Parteigenossen, die die Parteischule besuchen. Aber neben der Ehrfurcht vor der Wissenschaft muß auch die Erkenntnis stehen, daß nicht alle tüchtigen Männer Wissenschaft sind und daß die Wissenschaft oft zur Dirne des Kapitalismus wird. (Sehr wahr!) Eisner hat mit Vehagen einen Ausspruch von Marx über die Wirksamkeit der Arbeiter zitiert. Aber Marx hat dieses Wort durch sein ganzes Leben widerlegt. Eisner und Maurenbrecher aber wollen den Arbeitern die Theorie, die Marx sie gelehrt hat, gänzlich vorenthalten. Die Theorie soll nichts für die Masse sein. Die „bürgerliche Wissenschaft“, die die Volksschule den Arbeitern vorenthält, will Eisner den Arbeitern geben. (Eisner ruft: Sehr wahr!) Sie lehren ja auch Psepalogik! Eisner ruft eben der wissenschaftliche Sozialismus und die proletarische Weltanschauung, Eisner und Maurenbrecher jagen mit bürgerlichen Bildungsdüffeln wie Hühner und Schmolker: „Se gebildeter ein Volk ist, desto freier ist es“ oder „Volksschule — ist Volksbefreiung“ oder gar „Die sozialen Gegenstände sind doch im letzten Ende nur Bildungsgegenstände“. Wir aber lehnen diese Bildungsstempel ab und beschränken uns konsequent auf die besondere Arbeiterbildung, die sozialistische Theorie und den historischen Sozialismus. Denn die Bildung des Proletariats soll keine Kraft und Aktionsfähigkeit, aber auch keine Zielklarheit im Gegenwartsstreben erhöhen und festigen. Erst nach dem Siege des Proletariats kann es sich Bildung im weiteren Sinne erwerben. Also nicht durch Bildung zur Freiheit, sondern durch die Volksbefreiung zur wahren Volksbildung. (Lebhafter Beifall.)

Parteiführer Gerich: Ich betone nochmals die Notwendigkeit, den vollen Prozentsatz an die Partei abzugeben, und nicht irgendwelche Lokalzuschläge von vornherein abzugeben. Der „Wahre Jacob“ sei allerdings verbesserungsbedürftig. Aber Wisse ließen sich leider nicht durch Resolutionen herbeizubringen. Wenn Genosse Lehmann einmal recht gute Einfälle habe, so möge er sie nur an den „Wahren Jacob“ einfinden. (Seiterkeit.) Die Parteiblätter, die Zuschüsse vom Parteivorstand forderten und erhielten, würden aufs sorgfältigste kontrolliert. In der Abstimmung wird zunächst dem Vorstand Decharge erteilt.

Der Antrag Pieh:

Der Parteitag nimmt mit Verbiegung Kenntnis von dem Bericht des Parteivorstandes über die Tätigkeit der Parteischule und ersucht den Vorstand, die Parteischule in der bisherigen Richtung weiter auszubauen, wird mit Mehrheit angenommen.

Die Resolution des Vorstandes betr. die Nichtzugehörigkeit der Lokalkomitees (Freie Vereinigung und Bielefelder) wird mit dem Zusatzantrag Stubbe, der sie ausdehnt auf die nicht anerkannten Lokalorganisationen, gleichfalls angenommen. Auch der Vorstandsentscheid betr. die Frauenorganisation findet unter Ablehnung der Anträge Elm und Lipinski Annahme. Dazu wird auch ein Antrag der Frauenkonferenz in folgender Form angenommen:

Nachdem die gefälligen Schranken gefallen sind, die bisher in den einzelnen Bundesstaaten die Frauen hinderten, den politischen Organisationen beizutreten, wird es den Parteigenossen zur Aufgabe gemacht, ihre weiblichen Angehörigen aufzuklären, damit sie Mitglieder der Partei werden.

Damit sind Punkt 1 und 2 der Tagesordnung (außer der Jugendorganisation) erledigt.

Es folgt der

Parlamentarische Bericht.

Die Frage der Budgetbewilligung wird gesondert behandelt. Den Bericht erstattet

Eichhorn (Pforzheim): Eine Kritik an der Tätigkeit der Reichstagsfraktion ist mir nicht zu Gesicht gekommen, abgesehen von der Kritik des Genossen Eisner. Ich kann mich daher im Hinblick auf den ausführlichen schriftlichen Bericht kurz fassen. Die parlamentarische Situation ist unüberändert. Der Block besteht weiter und macht seine korrumperende Wirkung immer schärfer offenbar. Die Fortführung der Blockpolitik ist nur möglich gewesen auf Kosten des Liberalismus, der bürgerlichen Oppositionspolitik. Die Szenen, die wir mit den Liberalen im Reichstag erlebt haben, erregten geradezu oft physischen Ekel, und man mußte sich oft fragen, ob es möglich sei, mit Leuten, die derartig sich politisch wegwerfen, noch persönliche Beziehungen zu unterhalten. Da war keine Spur von Grundsätzen mehr, keine Spur von Selbstachtung, nur die Angst um die Erhaltung des Blocks. Ich erinnere nur an die lächerliche Versöhnungscomödie vom Dezember vorigen Jahres. Die freisinnigen werden noch weiter gehen und auch die neuen indirekten Steuern bewilligen. Nur das Gnadenrecht der Scheinmitwirkung an der Regierungsmehrheit — das werden sie nicht aufgeben. Diese Verlotterung des Liberalismus ist ein warnendes Exempel für die, die durch diplomatisches Verhalten und staatsmännische Schamzüge vorwärtskommen wollen. Wir können nicht durch diplomatische Sirenenfänge die Regierung und die Gegner überlisten, sondern müssen ihnen die Konzeptionen abtrocknen. Die Fraktion glaubt, in den schwierigen Verhältnissen ihre volle Schuldbiligkeit getan zu haben. Eisner hat unrecht, wenn er behauptet, daß wir nicht schärfer genug gegen das Vereinsgesetz vorgegangen wären. Die Obstruktion haben wir allerdings nicht für zweckmäßig gehalten. Wir sind auch während der Parlamentssession ständig in engster Beziehung mit dem Volke und unsern Wählern geblieben. (Bravo!)

In der Diskussion begründet Witte (Berlin) einen Antrag von Berlin 2, daß die Fraktion im Reichstag erneut gegen die Konkurrenz der Militärmilitär gegen die Zivilmilitär vorgehen möge.

Vogel (Fürth) empfiehlt einen Antrag auf Auflösung der Fraktion die Einbringung eines Antrags im Reichstag wünscht, der eine anderweitige Anordnung über die Regelung des orts üblichen Tageslohn bringt. Dieser werde jetzt zum Schaden der Arbeiter viel zu niedrig und nicht entsprechend den verteuerten Lebensbedingungen festgesetzt.

Crispien (Ebing) begründet einen Antrag seines Wahlkreises, die Reichstagsfraktion möge energisch auf die Einföhrung der Krankenversicherung der Landarbeiter hinwirken. (Mölkendubur (Berlin) und Stolten (Hamburg) sprechen für einen Antrag Hamburg III-Gilbe, der gegen eine Sonderversicherung der Privatangestellten protestiert und eine allgemeine staatliche Alters-, Invaliden-, Witwen- und Rentenversicherung aller Schichten der lohnarbeitenden Bevölkerung verlangt. Sie weisen darauf hin, daß die Sonderversicherung sowohl die Privatbeamten wie die invalidenversicherten Arbeiter schwer schädigen würde.)

Rosenfeld (Berlin): Ich freue mich, daß die Fraktion alle diplomatische gegenüber den Blockparteien abgelehnt und rücksichtslos die Interessen der Arbeiter gemahrt hat. Auch das Ausnahmegesetz gegen die Jugendlichen im Reichsvereinsgesetz hat die Fraktion entschieden bekämpft. Aber jetzt jähreißt plötzlich Genosse Geime in den „Sozialistischen Monatsheften“, man brauche die Wirkung dieses Verbots nicht tragisch zu nehmen. Das schlägt dem Verhalten der Fraktion ins Gesicht und ist eine Rechtfertigung des Vorgehens der Blockparteien.

Goald (Berlin): Wir wollen gern für die Zivilmilitär eintreten, aber die Zivilmilitär sollen dann auch ihre Parteipflichten erfüllen und bei bürgerlichen Festen nicht unter ihrem Latif spielen.

Damit schließt die Debatte. — In seinem Schlußwort führt der Referent Eichhorn aus, daß die Fraktion gern mehr Anträge zur Verhandlung gebracht hätte, aber die saloppe Arbeit und die unwürdige Durchpfehlung aller Vorlagen im Reichstag werden durch die Blockmehrheit erzwingen. Schwerinstage würden immer seltener abgehalten. Der Block gehe nach Erledigung der Regierungsgeschäfte möglichst rasch nach Hause, um Kaufkraftgelegenheiten zu vermeiden. — Ob die Wortwörter gegen Geime bei

rechtig sein, wisse er nicht, da er die „Kronasgeste“ nicht lese. (Heiterkeit.) Im Reichstag habe seine jedenfalls beim Reichshandelsrat in der letzten Sitzung zu Ausstellungen gegeben. Um so bedauerlicher wäre es, wenn er hinterher an anderer Stelle sich entgegenkommender und konzilianter ausgedrückt hätte. Aber er hoffe das nicht und könne nur bedauern, daß er nicht das Wort ergreifen hätte.

Alle Anträge werden der Fraktion zur Ermägung überwiesen. — Damit schließt die Vormittagssitzung. Am Nachmittag kommt zunächst der Punkt Raiffeiser zur Verhandlung.

Der zweite Tag.

Aus Nürnberg wird uns von unserem Vertreter geschrieben: Die Diskussion über den Parteivorstandsbericht wurde heute fortgesetzt. Zuerst beherrschte die Frage der Frauenorganisation die Debatte. Außer dem Vorstandsbericht, der auf Vereinbarung mit den bisherigen Leiterinnen der Frauenbewegung beruht, lag ein Antrag Elm vor, der im wesentlichen die zwingenden Vorschriften des Vorstandsberichts durch fakultative ersetzen wollte. Mit großem Eifer trat Frau Zieg aus Hamburg, die sehr beredete Fürsprecherin der proletarischen Frauen, für die Anträge des Parteivorstandes und der Kontrollkommission ein, während sie die Anträge Elm und die Vorschläge Lipinski heftig befehdete. Lipinski hatte nämlich im Anschluß an die Leipziger Methode den Antrag gestellt, aus der Vorstandsvereinbarung die zwingende Vorschrift zu streichen, daß dem örtlichen oder dem Kreisvorstand eine Genossin angehören müsse.

Bei der Schlußabstimmung wurden die Abänderungsanträge abgelehnt, dagegen der Vorstandsbericht im wesentlichen angenommen. Diese auf Vereinbarung beruhenden Bestimmungen empfehlen den Genossinnen, sich der Kreisorganisation anzuschließen und alles zur Förderung derselben zu tun. Dafür wird den Frauen das Recht eingeräumt, besondere Frauenzusammenkünfte zu veranstalten, die zur theoretischen Schulung der Frauen dienen sollen. Der Erweiterungsantrag von Luise Zieg — im Einverständnis mit der Frauenkonferenz gestellt — wurde jedoch abgelehnt. Dieser Antrag wollte den Parteigenossen, insbesondere den Parteigestellten, die Pflicht auferlegen, ihre Frauen der Organisation zuzuführen. Da Genossin Zieg das Unhaltbare dieses Antrags eingesehen, änderte sie ihn noch dahin ab, daß die Pflicht nur auf Erziehung und Aufklärung der Frau beschränkt würde, doch berief auch dieser neue Antrag in der allgemeinen Urabstimmung auf Ablehnung.

Da wir von Unruhe sprechen, muß doch besonders im Hinblick auf unsere gestrigen Bemerkungen darauf hingewiesen werden, daß das Bureau versucht hat, die gerügten akustischen Mängel des Saales nach Möglichkeit zu mildern. Die Rednertribüne ist nicht nur erhöht worden, sondern auch um ein wesentliches seitwärts gerückt, so daß die Schallwellen sich nicht mehr gerade in der Eingangstür fangen können. Es ist also eine bessere Verständigung ermöglicht, wenn sie auch bei der großen Zahl der Anwesenden noch immer nicht völlig ausreichend ist.

Die gestrige Debatte über die Parteischule entwickelte sich zu einer theoretischen Auseinandersetzung über die Erbeiterbildung. Zwei verschiedene Anschauungen stehen sich dabei gegenüber, und wer den Verhandlungen beiwohnt — mehr noch diejenigen, die nur die Berichte lesen —, muß den Eindruck gewinnen, als ob die Anschauungen unvereinbar wären. Und doch ist das keineswegs der Fall. Im Gegenteil: beide Teile wollen den Arbeitern die für den demokratischen Kampf um das sozialistische Gesellschaftsideal notwendigen Unterlagen an Wissen und Denkfähigkeit vermitteln. Die einen halten es für zweckmäßiger, zunächst die historischen Vorgänge und Zusammenhänge darzustellen, während die andern meinen, es sei zunächst die theoretische Erörterung der wirtschaftlichen, der Produktionsvorgänge nötig. Man kann über diese Frage natürlich geteilter Ansicht sein. Aber es scheint doch, als ob man auf beiden Seiten mehr Gewicht auf die Form legte als auf den Inhalt. Denn beides ist nötig. Und kommt der Anfang gemacht wird, erschließt sich nebenbei. Nur sollten Parteigenossen nicht immer in den Fehler verfallen, eine Ansicht, die mit der eignen nicht übereinstimmt, als „bürgerlich“, als unsozialistisch oder dergleichen hinzustellen. Leider scheint es, als ob nicht nur in dieser Frage eine Verständigung immer unmöglicher wird.

Um eine korrekte Fassung des durch das Reichsvereinsgesetz überholten Parteistatuts zu ermöglichen, wird eine Kommission von Genossen aus den verschiedenen Landesstellen gewählt werden. Bis zum nächsten Parteitag soll sie die endgültige Eingliederung der Frauen, die zweckmäßigste Form der Jugendorganisation, die Einheitlichkeit der Beiträge, Einführung der Proportionalwahlen zum Parteitag und dergleichen mehr zu regeln suchen. Aus der Provinz Sachsen ist der Genosse Weiss (Magdeburg) als Mitglied dieser Kommission vorgeschlagen worden.

Die Nachmittagsitzung führte zum größten Teile die Debatte über die Raiffeiser aus. Die Debatte gestaltete sich außerordentlich lebhaft. Fast alle Redner traten für die Ausgestaltung der Partei ein und äußerten Unzufriedenheit mit den Verhandlungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission, die die Unterstützungsfrage behandelte. Genosse Richard Rijsch (Magdeburg) begründete den Antrag des Kreises Solmitz-Reudersleben, der die energische Durchführung und würdige Gestaltung der Raiffeiser fordert. Nicht betonte, daß es besser und würdiger sei, die Raiffeiser anzunehmen, als sie so weiter begehen zu lassen, wie es bisher der Fall gewesen sei. Es könne einer politischen Partei nichts Niederdrückenderes begegnen als ein von ihr geschaffenes Werk so langsam verfallen zu sehen.

Bei der Abstimmung über die Resolutionen wurde die Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission gutgeheißen, mit Ausnahme des Absatzes, der die Gründung örtlicher Unterstützungsvereine behandelt. Dieser Absatz wurde abgelehnt und beschlossen, daß der Parteivorstand neue Unterabteilungen mit der Generalkommission einbringe. Weiter wurde ein Antrag angenommen, der die Parteigestellten verpflichtet, am 1. Mai einen Tagesbericht an die Parteikasse abzugeben.

Auch heute konnte die Budgetbewilligung noch nicht zur Verhandlung kommen. Zwar ist der parlamentarische Bericht erledigt worden, doch wird die große Streitfrage dieser Woche

am Mittwoch zur Sprache kommen. Während des ganzen Nachmittags verhandelte der Parteivorstand mit den Süddeutschen. Ob eine Verständigung erzielt werden wird, ist noch nicht sicher. Soviel ich bisher erfahren, erklären die Süddeutschen, daß es ihnen unmöglich sei, sich eine weitere Beschränkung auferlegen zu lassen. Sie werden für einen Beschluß im Sinne des Parteivorstandes und seine Konsequenzen alle Verantwortung ablehnen. Zur Stunde besteht noch keine Aussicht einer friedlichen Lösung.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 16. September 1908.

Das Erbe des Pfalzgrafen.

Am Dienstag ist im Wahlkreis Speier-Ludwigs-Hafen das Reichstagsmandat neu vergeben worden. Die Erstwahl ist nötig geworden durch den Tod unseres „Pfalzgrafen bei Rhein“ Franz Joseph Ehrhart, der im Jahre 1898 seinen Heimatkreis zum erstenmal für die Sozialdemokratie eroberte und ihn bis zur Sterbestunde fest in seinen treuen Händen hielt.

Die Sichel des Todes schlug aus seiner Hand die große Gabe, die er vor 10 Jahren der Partei gereicht, und der Eifer seiner trauernden Genossen hat dafür gesorgt, daß sie der Partei erhalten geblieben ist. Ueber dem Wahlkreis Speier-Ludwigs-Hafen weht noch wie vor die rote Fahne. Das Erbe unseres Pfalzgrafen ist siegreich verteidigt worden.

Mit 15 471 Stimmen gewann Ehrhart im Jahre 1898 den Kreis der Partei. In der Stichwahl gegen den National-Liberalen, der 12 602 Stimmen erhielt. Den Beherrscher Ludwigs-Hafens und der Vorderpfalz, den Millionär Clemm, hatte der Tapezierer mit dem Stimmzettel aus dem Sattel geworfen, in dem er elf Jahre lang sich gesonnt.

Fünf Jahre später blieb mit 14 777 Stimmen der Kreis in Franz Josephs Hand. Wieder in der Stichwahl, die aber diesmal mit dem Zentrum auszufechten war, das die Nationalliberalen überflügelt hatte. An der Ausfuchung der Stichwahl hatten die Schwarzen aber keine besondere Freude. Sie erklärten ihren Anhängern, daß die Wählerei unter solchen Umständen, wie sie damals dort vorhanden waren, keinen Zweck habe; sie möchten nur ruhig zu Hause bleiben. Und so geschah es. Den 14 777 Sozialdemokraten stemmten sich nur 112, ganze einhundertzwölf Zentrumsmänner entgegen. Darauf beruhte denn auch das Sinken unserer Stimmzahl um neunhundert.

Wier Jahre später, bei den Hottentottenwahlen vom 25. Januar 1907, hatten die Bürgerlichen aber wieder Mut geschöpft. Jedoch mit einem Stimmengewinn von 2000, nämlich mit 18 539 rüderten wir am Hauptwahltage vor, während die Nationalliberalen 13 708 und die Schwarzen 8169 Anhänger musterten. Bei der Wahlkonstellation war Ehrharts Sieg in der Stichwahl sicher. Das in die Opposition gedrängte Zentrum konnte nicht öffentlich für den nationalliberalen Hottentotten sich erklären. So standen in der Stichwahl 21 826 gegen 15 794 Stimmen. Unser Pfalzgraf vertrat seine Heimat weiter im Reichstag.

Im Juli d. J. wurde der Führer der Sozialdemokraten der Pfalz dieser Heimat für immer entzogen und nun stiegen die Hoffnungen der verdrängten Nationalliberalen himmelwärts. Es galt, das Zentrum zum gemeinsamen Wahlkampfe gegen den „Umsturz“ zu gewinnen. Die „parteilose“ Parteikandidatur Posadowskys tauchte auf, und der aus dem Reichsamt des Innern verdrängte Graf war auch bereit, die Kandidatur anzunehmen, wenn...

Aber das Wenn kam nicht. Das Zentrum beschloß statt dessen sogar Wahlenthaltung. Seine Führer konnten es nicht wagen, die vielen Arbeiter, die dem Zentrum dort noch folgten, für einen Sammellandidaten oder gar für einen Nationalliberalen zu erwärmen. Mit dem Beschluß des Zentrums, auf den die Schatzmacher aller Richtungen weidlich gescholten haben, waren die nationalliberalen Frühlingsblüten, die auf Ehrharts Grab gesetzt wurden, erfroren, bevor sie sich recht augetan hatten. Es stand damit fest, daß wir den Kreis glatt, und zwar zum erstenmale in der Hauptwahl halten würden.

So ist es denn auch am Dienstag gekommen. Unser Kandidat, Genosse Binder (Ludwigs-Hafen), hat mit 19 251 Stimmen gesiegt; der Nationalliberale Vermögensbesitzer und Industrielle Wuhl (Weidensheim) blieb bei 12 156 Stimmen stehen. Wir haben im Verhältnis zum Vorjahr 700 Stimmen gewonnen, der Nationalliberale 1600 Stimmen verloren.

Und die Schatzmacher und Sozialistenfreier trauern darob, daß das Erbe des Pfalzgrafen bei Rhein der deutschen Sozialdemokratie erhalten geblieben ist.

Die Gefahr für den Frieden.

In einem Gespräch mit dem „Standard“-Korrespondenten Sydney Whitmann hat es der deutsche Reichskanzler richtig gefunden, zu erklären, Deutschland sei zwar sehr friedlich gesinnt, es sei aber nicht für den Frieden um jeden Preis. Im Munde von Diplomaten haben auch Gemeinplätze meist einen bestimmten Sinn und ihr Aussprechen ist mit einer gewissen Absicht verbunden. Für den Frieden um jeden Preis ist kein Mensch auf der Welt, kein Deutscher, kein Engländer, kein Franzose, kein Konservativer, kein Liberaler und kein Sozialdemokrat. Wenn auch die Sozialdemokratie will die Volksbewaffnung, weil sie weiß, daß es Situationen geben kann, in denen einem Volke nichts anderes übrigbleibt, als zum Zwecke der Selbstbehauptung zu den Waffen zu greifen. Von solchen Selbstverständlichkeiten in einem Gespräch zu reden, das sich auf die gegenwärtige Situation bezieht, ist nicht im mindesten notwendig, denn für jeden Besonnenen und seiner Verantwortung bewußten Politiker liegt der Fall, daß ein europäischer Staat den Krieg einem „Frieden um jeden Preis“ vorzuziehen genötigt wäre, gänzlich außer dem Kreise seiner Ermägungen.

Fürst Bülow war indes offenerzig genug anzudeuten, daß es nach seiner Auffassung doch einen kritischen Punkt

gibt, durch dessen Ueberschreitung Deutschland und Europa in eine kriegsgefährliche Situation gedrängt werden könnten, und dieser Punkt ist — man sollte es nicht für möglich halten — Marokko. Hier dürfe sich Deutschland „keine nationale Demütigung“ gefallen lassen. Die notwendigen Mißerfolge, die die sinnlose marokkanische Politik der deutschen Regierung ernten mußte und geerntet hat, bilden nach der Versicherung des Reichskanzlers eine Gefahr für den europäischen Frieden.

Bülow bestreitet jetzt, daß in Deutschland schon im Jahre 1905 kriegerische Absichten bestanden hätten, und setzt sich damit in ziemlich deutlichen Gegensatz zu seiner eignen im französischen Gelbbuch wiedergegebenen, von ihm bisher nicht bestrittenen Äußerung, der Weg der Marokkopolitik habe an Abhängen und sogar an Abgründen hart vorbeigeführt. Aber was Fürst Bülow für die Vergangenheit bestreitet, das bekräftigt er für die Zukunft. Er und die andern leitenden Männer des Reiches rechnen mit der Möglichkeit, daß der Streit um die Anerkennung des Sultans Muley Hafid zu einem blutigen Abschachten zwischen den europäischen Kulturnationen führen könnte.

Solche Meinung ist eine Gefahr für den Frieden Europas und diejenigen, die sie vertreten, müßten von jeder selbstbewußten, politisch denkenden Nation schnelligst aus ihren leitenden Stellen entfernt werden. Wenn die deutsche Regierung auf dem Felde der auswärtigen Politik vor ferneren Demütigungen verschont sein will, so muß sie es künftig unterlassen, sich solchen Demütigungen unbesonnenweise auszulassen. Hat sie Gefühl für sittliche und politische Verantwortung, dann wird sie Situationen, aus denen eine „Demütigung“ mit ihren blutigen Konsequenzen zu befürchten ist, nie dort riskieren, wo wirkliche Lebensinteressen des Volkes auf dem Spiele stehen und dann wird sie auch das ganze Volk hinter sich haben. In Marokko aber hat das deutsche Volk keinerlei Lebensinteressen zu vertreten und ob dort dieser oder jener als Sultan anerkannt wird, und welche europäische Macht dort die erste Violine spielt, hat auf die Zukunft des deutschen Volkes so geringen Einfluß, daß es ein nicht zu verzeihendes Verbrechen wäre, deswegen auch nur ein einziges deutsches Menschenleben in Gefahr zu bringen.

Der Liberalismus und die Lehrer.

Zu der materiellen Not des Gros der Volksschullehrer gesellt sich der Gewissenszwang. Namentlich die preußischen Lehrer wissen ein Liedchen davon zu singen. Zwar sagt die preussische Verfassung: Jeder Preuze hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern. Wie diese Meinungsfreiheit aber in Wirklichkeit aussieht, ist hinlänglich bekannt.

Diese materielle und geistige Misere der preussischen Volksschullehrer und ihre unausbleibliche Rückwirkung auf die Volksschule wird in einem Artikel des liberalen „Leipziger Tageblatts“ treffend dargelegt und unter andern festgestellt, daß nach der Statistik vom 20. Juni 1906 321 Lehrer bis höchstens 750 Mark, 831 bis höchstens 1000 Mark, 7247 bis höchstens 1200 Mark und 10 831 bis höchstens 1500 Mark Dienstlohn hatten. Also 27 089 Lehrer, oder fast ein Drittel aller preussischen Volksschullehrer, hatten bis höchstens 1500 Mark Dienstlohn.

„Es bedarf keiner langweiligen Auseinandersetzungen“ — heißt es dann im Artikel, — „um darzutun, daß eine Volksschule, deren Lehrkräfte so unzureichend besoldet werden, nichts Vollendetes leisten kann. Denn natürlich wenden sich diejenigen jungen Leute, die im Leben vorwärtskommen wollen, einem Beruf zu, der ihnen bessere Aussichten bietet. Der Gebante, in einem abgelegenen Dorf alle Bildungsquellen und alle ästhetischen Genüsse zu entdecken, in sozialer Abhängigkeit von einem „Patron“ und unter der steten Bevormundung des Ortsgeistlichen zu leben, zudem aber dieses Leben nur notdürftig fristen zu können, ist für strebsame und energische Menschen keineswegs verlockend. Es ist unvermeidlich, daß die besseren Elemente sich andern Berufen widmen werden, solange dem Lehrer nicht eine einigermaßen befriedigende materielle Lage gesichert ist. ... Mit dieser materiellen Hebung des Standes muß dann freilich auch noch eine soziale und moralische „Standeserhöhung“ verbunden sein. Die schamlose Schulaufsicht muß überall durchgeföhrt werden, und es muß der politische Gesinnungszwang aufhören, der jetzt gegen die Lehrer gelbt wird.“

Das klingt sehr radikal und ist doch nichts als eine höfliche Phrase, denn nur ein paar Zeilen weiter heißt es:

Selbstverständlich gibt es für die politische Betätigung des Lehrers eine Grenze. Der Staat kann seitens seiner Lehrer keine sozialdemokratische Propaganda dulden; er kann nicht zugeben, daß die Lehrer ein Geschlecht heranziehen, das den Staat und seine wichtigsten Institutionen negiert. Hier beginnt der innere Widerspruch. (!) Wenn dem Lehrer jedoch nicht nachgewiesen werden kann, daß er den Unterricht zu einer staatsfeindlichen politischen Agitation ausnützt, so ist es selbstverständlich, daß er wegen außerordentlicher Betätigung seiner politischen Gesinnung nicht bestraft werden darf.“

Das ist echt liberal! Hier zeigt sich der verklumpte Liberalismus wieder einmal im schönsten Lichte. Wir fordern die politische Betätigungsfreiheit auch für die Lehrer, schreit er, aber nur, soweit sie uns als Blockgenossen in den Kram paßt. Die Lehrer können daran erkennen, was sie vom Liberalismus zu erwarten haben.

Der Gegensatz.

Die französisch-italienische Note über Marokko ist den Signaturmächten von Algerias überreicht worden. Ihr Inhalt wird zu gleicher Stunde durch das offizielle französisch-italienische Bureau denjenigen Mächten mitgeteilt, die zu den Diplomatenbeschränkten keine Schlüssel besitzen.

Der Gegensatz zwischen der neuen deutschen und der alten französischen Auffassung springt daraus mit aller Schärfe hervor. Die deutsche Regierung bekennt die Anschauung, daß Muley Hafid Sultan sei durch den Willen seines Volkes und daß die Anerkennung der Mächte ihm an und für sich die Pflicht auferlege, die Algeriasakte einzuhalten. Demgegenüber stellt die französisch-italienische Note nicht nur die Annahme der Algeriasakte als Voraussetzung der Anerkennung hin, sondern fügt daran eine lange Reihe von

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 218.

Magdeburg, Donnerstag den 17. September 1908.

19. Jahrgang.

Sozialdemokratischer Parteitag Deutschlands.

Zweiter Verhandlungstag.

Nachmittagssitzung.

C. B. Nürnberg, 15. September.

Kurz nach 3 Uhr eröffnet Vors. Dorn die Verhandlungen wieder. Ein Begrüßungstelegramm des Deutschen sozialdemokratischen Vereins in Kopenhagen ist eingegangen. Auf der Tagesordnung steht die Frage der

Maifeier.

Referent Richard Fischer (Berlin): Ich glaube, daß ich durch meine heutige Rede ihren ganz besonderen Beifall finden werde (Heiterk.). Vielleicht durch das, was ich sage, sicher durch das, was ich nicht sage. (Heiterk.) Denn über Wesen und Charakter der Maifeier brauchen wir nicht mehr zu sprechen. Darüber bestehen in Partei und Gewerkschaften keine Meinungsverschiedenheiten. Wir müssen nur deshalb wieder über die Maifeier sprechen, weil der Eisenpartei dem Parteivorstand den Auftrag gegeben hatte, mit der Generalkommission über die Ordnung der Unterstellung eine Einigung zu finden. Die Vereinbarungen, die da nun getroffen worden sind, haben sehr energischen und lebhaften Widerspruch gefunden. Da spricht sich die Diskussion auf die Frage zu: Gibt es einen anderen zureichenden Weg zur Lösung der Frage der Unterstellung der Opfer der Maifeier? Wir sagen, daß eine andere Lösung der Frage nicht möglich ist. Denn das ist eine Frage, deren Lösung nicht von unserem guten Willen und unsern Bestrebungen abhängig sind, sondern von Verhältnissen, die außerhalb der Willensmeinungen von Generalkommission und Parteivorstand liegen. Die radikalste Forderung ist natürlich die, daß die Unterstellungspflicht überhaupt aufgehoben werden soll. Denn durch die Unterstellung werde nur der ideale Charakter der Maifeier zerstört. Ich kann aber nicht einsehen, was die Maifeier gewinnen kann, wenn wir die Kampfmöglichkeiten und Opferwilligkeit jedes Jahr auf dem Felde lassen. Wird wirklich die Vegetation gestärkt, wenn man die Opfer wehrlos dem Gegner überläßt? Weiter sind viele Vorschläge gemacht worden, die Unterstellung aus den Zentralkassen geben zu lassen. Die Parteikasse nimmt alles in allem jährlich noch keine 600 000 Mark ein. Da würde jede Maifeier

die ganze Parteikasse sprengen.

Die Sozialdemokratie ist eine politische Partei; ihr Geld braucht sie für politische Zwecke. Da kann sie ihre Kasse nicht zu einer Unterstellungskasse für allgemeine Arbeiterkämpfe machen. Und so sehr stärken werden Sie die Parteifinanzen auf diesem Parteitag nicht können, daß sie ausreichen zur Unterstellung der Maifeierenden. Aber auch die Zentralkassen der großen Gewerkschaften können die Unterstellung nicht leisten. Zunächst lehnen sie es ab, sich zu verpflichten, für die Folge von Wechslungen, an deren Fassung sie nicht beteiligt sind. Aber weiter können sie auch nicht die Verantwortung für die Verwendung der Gelder den Unternehmern überlassen und diesen freistellen, durch große Mainansparungen die Gewerkschaften in ungünstigen Zeiten zu den größten Ausgaben zu zwingen. Ueberhaupt können auch die Zentralkassen der Gewerkschaften im Rahmen der jetzigen Beiträge nicht die Unterstellung tragen. Keiner Zentralkasse soll das Recht bestritten werden, die Mitglieder zu unterstützen, aber wir können nicht alle Klassen darauf verpflichten. Voraussetzung unserer Vereinbarung mit der Generalkommission ist ausdrücklich die Würdigung der Lage der Maifeier. Wir haben infolge des Beschlusses des Hamburger Gewerkschaftskongresses die Frage noch einmal gründlich geprüft. Aber wir sind zu keinem anderen Resultat gelangt. Nur den Satz, daß die Unterstellung erst von der zweiten Woche an gezahlt wird, haben wir gestrichen, um auch das den

örtlichen Zuständen

zu überlassen. Danach bitte ich Sie, alle Anträge auf erneute Prüfung dieser Vereinbarungen abzulehnen und die getroffenen Vereinbarungen anzunehmen, es sei denn, daß Sie uns neue praktische Vorschläge machen können. Aber wir haben auf dem Wege der Verhandlung keine bessere Regelung finden können. Und das liegt nicht an unserm guten Willen und nicht an unserer Bestrebensstärke, sondern an der brutalen Tatsache, Geld und nochmals Geld. Es hat keinen Zweck, dem, der keinen Euler hat, zehnmal zu sagen, er solle doch nachschauen. Als wir in Paris auf dem internationalen Kongress die Maifeier als Befundung des internationalen Gedankens der Solidarität beschlossen, da haben wir die weite Tragweite dieses Beschlusses

nicht vorausgesehen. Die Maifeier hängt in erster Linie ab von der geschäftlichen Konjunktur. In allen Zeiten des Niedergangs haben wir dieselben Kämpfe, dieselben Schwierigkeiten gehabt wie jetzt. In allen Zeiten der industriellen Blüte aber ist die Maifeier gewachsen und so wird es auch in Zukunft sein. (Beifall.)

In der Diskussion führt

Stube (Hamburg) aus: Bei der Schaffung der Maifeier hat niemand an Unterstellungen gedacht. Jetzt werden wir sie aber schwerlich loswerden. Lokal können aber die nötigen Mittel noch weniger aufgebracht werden als zentral. Darum erscheint mir die Einführung eines obligatorischen Beitrags für alle organisierten Parteigenossen und Gewerkschaften zur Maifeierunterstützung notwendig. Dieser einheitliche Beitrag brauchte nicht einmal groß zu sein. Nur durch ihn aber können wir die Maifeier energisch ausbreiten.

Rosa Luxemburg: Schon in Mannheim haben wir uns von dem dualistischen Verlehr der beiden organisatorischen Spitzen der Arbeiterbewegung wenig versprochen, und die beiden traurigen Proben, die Vereinbarungen über Maifeier und Jugendorganisation haben unsere Befürchtungen übertrumpft. Wir haben uns auf allen Parteitagungen mit der Maifeierfrage beschäftigt, wie das ihrer Wichtigkeit entspricht. Aber erst neuerdings ist die Unterstellungsfrage in den Vordergrund getreten. Die Unterstellungsfrage ist die Schlinge, in der die Maifeier erdroffelt werden soll. (Sehr wahr!) Auf diesem Wege gibt es, wie Fischer nachgewiesen hat, keine Lösung, die erlaubt, die Maifeier auszudehnen und zugleich die Opfer zu unterstützen. Nur die

Ausdehnung der Maifeier

ist der Weg zur Lösung. Denn eine große Zahl Maifeierender macht die Maßregelungen unmöglich. Wenn sich die Masse der Arbeiterschaft mit voller Wucht dem Unternehmertum entgegenstellt, dann wagt es nicht, Maßregelungen vorzunehmen. Diese Erfahrung hat sich uns auf Schritt und Tritt bestätigt, in Warschau jetzt in den Zeiten des Stillstandes der Revolution und der Kriege wie in Berlin beim Holzarbeiterverband. Unabhängig von der Unterstellungsfrage muß die Maifeier propagiert werden, nicht zaghaft bremsend, wie Parteivorstand und Generalkommission es in den letzten Jahren getan haben, sondern scharf und entschlossen. Gerade durch die falsche Vorsicht sind die Opfer und Maßregelungen vermehrt worden. Unsere Schwäche macht den Unternehmern Mut. Wir gehen schweren Kämpfen entgegen. Die Maifeier aber hat in Deutschland erst noch ihre große Zukunft und Bedeutung. Propagieren wir sie darum rücksichtslos und mit aller Entschiedenheit. (Beifall.)

Adler (Kiel):

Aufgeben können wir die Maifeier unter keinen Umständen. Denn das würde die Unternehmung zu neuen Vorstößen ermutigen, die uns viel mehr kosten würden. Darum müssen wir sie mit aller Kraft durchsetzen. Der Parteivorstand aber ist ratlos. Selbst der Maifeierexperte Fischer (Heiterk.) sagt mir: Hier sehe ich, ich kann nicht anders. Darum steht auch die Abmachung so aus, als ob Parteivorstand und Generalkommission die Maifeier abwürgen wollten. (Zustimmung.) Ich hätte mir denken können, daß die Gewerkschaften, die 6 bis 7 mal so hohe Unterstellungen haben, die Unterstellung der Maifeierenden übernehmen hätten, und daß die Partei die Unterstellung, die aus wirtschaftlichen Gründen nicht organisiert sind. Aber die Lasten gleich zu verteilen, war höchst unbillig. Die Parteileitung scheint überhaupt in den Verhandlungen mit der Generalkommission der schwache und der arme Mann gewesen zu sein, und da ist es ihm vielleicht gar nicht so unangenehm, wenn wir energisch protestieren. Sonst kommt es schließlich noch so weit, wie Legion uns jüngst in Kiel sagte, daß wir nicht die Gewerkschaften desavouieren könnten, nachdem diese gesprochen haben. Man sagt ja, die Vereinbarungen sollten die Maifeier fördern. Wir in Schleswig-Holstein sind zu schwach, um das zu begreifen. (Pöplow: Wir können doch nicht für eure Dummheit!) Nun, die Hamburger haben darin auch ein Hemmnis und nicht eine Förderung gesehen, wir sind also nicht die einzigen Dummchen. (Heiterk.) Die Abmachung läßt sich nicht ernsthaft durchführen, als gewissenhafte Leute können wir ihr also nicht zustimmen. Dann aber muß das Fremden aufhören und wir müssen eine machtvollere Maifeier bekommen trotz Kriege und Unternehmertum. (Sehr Beifall.)

Ritsch (Magdeburg):

Die große Zahl der vorliegenden Anträge beweist, daß man draußen im Lande mit der Form und Art der Maifeier nicht mehr einverstanden ist. Ich stimme vollkommen mit Adler darin überein, daß der Vorstand vielleicht schon jetzt durchgreifende Änderungen treffen muß, wenn die Partei und die Gewerkschaften nicht

Gefahr laufen wollen, daß die Maifeier beseitigt wird. Auf dem Wege dazu sind wir infolge der Wirrnisse, die durch die Vereinbarungen herbeigeführt sind. Dadurch ist die Sache arg verarrant, so daß niemand aus noch ein weiß. Ich habe den Beweis dafür in Händen gehabt, daß bei der ersten Maifeier das Unternehmertum sich mit dem Gedanken abgefunden hatte; es sagte: „Nun gut, wenn die Arbeiter feiern wollen, dann fügen wir uns.“ Aber im Augenblick des ersten Bremsversuchs des Vorstandes drohte das Unternehmertum sofort, die Feiernenden zu entlassen. Es trat eine allgemeine Verwirrung ein. Nun sind jetzt noch nahezu alle großen Zentralverbände mit Bedenken gegen die Maifeier hinzugekommen. Besonders ist es der Metallarbeiter-Verband, der ein dickes Buch herausgegeben hat, um zu betreiben, weshalb es unter den bestehenden Verhältnissen keine Maifeier mehr geben kann. Das wird ja nicht direkt gesagt. Aber wer zu lesen versteht, der merkt, was damit gemeint ist. Man hat Argumente gefunden, um in einer guten Konjunktur die Maifeier als etwas nicht Wünschenswertes zu bezeichnen. Man hat auch Argumente gefunden, um die Maifeier für die Zeit der Krise als etwas durchaus nicht Schlimmes hinzustellen. Charakteristisch ist es, daß gerade aus Landkreisen so viel Anträge eingegangen sind, die ein korrekteres Vorgehen wünschen. Tatsächlich haben wir kleine Orte, die in bezug auf die Maifeier den Industrievorken vorangehen. Wenn nicht fortwährend in unsichtbarer Weise gebremst wäre, dann hätten wir auch schon Erfolge hinsichtlich der Bekräftigung der Arbeitszeit zu verzeichnen. Wenn wir keine klaren Bestimmungen treffen wollen, dann ist es besser, Schluß mit der ganzen Geschichte zu machen. Aber das darf nicht sein. Der Parteitag muß sich klar aussprechen, damit die Massen nicht irrefleitet werden, und an der Leitung der Partei und Gewerkschaft nicht verzweifeln. (Bravo!)

Seger (Leipzig):

Die Abmachung kann unmöglich von dem ernststen Willen der Förderung der Maifeier getragen worden sein. Wenn die Gewerkschaften für große von ihnen nicht gewollte Streiks ungeheure Mittel aufwenden müssen, dann kann ich nicht begreifen, warum sie nichts aufwenden wollen für diese Demonstration. (Sehr wahr!)

Gugler (Freiburg):

Der Parteivorstand, so sagte man, soll ratlos sein. Aber die meisten seiner Gegner waren noch ratloser. Denn die Maifeier muß abgewirgt werden, wenn man sie als eine Unterstellungsfrage behandelt. Die Maifeier kann nur gelunden, wenn jeder selbst die volle persönliche Verantwortung übernimmt. Wir werden auch in Zukunft ohne Unterstellung feiern (Bravo!), und das verbietet keine Vereinbarung. (R. Fischer: Sehr wahr!) Wenn die Genossin Rosa Luxemburg gesagt hat, Ausprägungen kämen nicht vor, sobald alle Arbeiter feierten, so steht das auf der Höhe der anarchistischen Logik: Wenn morgen alle Arbeiter erklären, daß sie nur noch 8 Stunden arbeiten, so hätten wir den Achtstundentag. (Sehr wahr!) Leider sind wir noch nicht ganz so weit, und darum müssen wir uns einstweilen helfen, indem wir die Unterstellungsfrage völlig aus der Maifeier ausschalten. (Beifall.)

Lenel (Frankfurt a. M.):

Partei- und Gewerkschaftslogen Frankfurt können es nicht begreifen, warum der Parteivorstand und die Zentralverbände in der Maifeierfrage ständig bremsen. Wie unzufrieden die Genossen auch anderwärts sind, zeigen ihnen ja die vorliegenden 18 Anträge, die alle die Abmachungen mißbilligen. Es geht nicht an, daß die Zentralinstanzen bequem alle Folgen der Maifeier von sich abwälzen auf die Lokalinstanzen. Wir verlangen eine energische Propagierung der Maifeier, mögen nun die Unterstellungen durch Ertragsbeiträge oder aus dem Lohne der am 1. Mai Arbeitenden aufgebracht werden. (Beifall.)

Zubeil (Charlottenburg):

Die Maifeier hat unsere Erwartungen nicht erfüllt, weil wir an ihr 18 Jahre lang Herbeduren gemacht haben. Jetzt erscheint die Maifeier ein verhehltes Unternehmen und wir können nur noch aussprechen: Rückwärts, rückwärts, hinweg mit der Maifeier! (Sehr wahr!) Die Abmachung ist uns ja gänzlich unannehmbar. Die Hoffnungen auf die Maifeier, die in Stuttgart noch einmal aufblühten, sind jetzt ganz und gar begraben. Besser, wir wagen den Schritt, und räumen die Maifeier von der Tagesordnung weg. Eine Blamage für die Partei ist sie heute schon. (Unruhe.) Adler

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Nelli Millionen.

Ein frohlicher Roman von Wilhelm Segeler.

(27. Fortsetzung.)

Zuletzt fiel Kalberhot etwas ein, was ihm sozusagen moralischen Hinterhalt gewährte. Wenn er das Mädchel nicht bekam, so bekam sie einer von den beiden, René Bäsch oder der Referendar. Und besser als diese war er immerhin.

Bergmüt stecte er sich eine schwere Importzigarre in den Mund und schaute auf seinen halb gepackten Koffer. Nachdem er verächtlich die Spitze der Nische hatte hineinfallen lassen, ging er die Treppe hinunter.

Aber auch jetzt war er noch nicht ganz mit sich einig und dachte, sein Kopf sei doch ein rechter Laubenschlag, worin die Gedanken ein- und ausgingen, wie's gerade kam.

Sollte er nun reisen oder nicht? . . . Der Zufall mochte die Sache ausknobeln. Wenn ihm zuerst eine alte Dame begegnete, wollte er reisen, eine junge aber sollte ihm gute Vorbedeutung sein, sein Glück zu wagen.

Mit diesem Voratz ging er im Garten auf und ab, vorsichtig um sich spähernd, damit er, wenn ihm eine allzu bejahrte Dame in den Weg lief, schleunigst Reißaus nehmen könnte.

Als er in einen schmalen Kiespfad einbog, sah er auf einer Bank Nelli. Einen Augenblick starrten beide sich an — und Kalberhot sagte sich, wie auf höheren Befehl: also bleiben! . . .

Er zog den Hut und wünschte guten Morgen. Als sie förmlich wie immer dankte, fuhr er fort, mit einem warmen autraulichen Blick sie liebkosend:

„Welch ein Glück, gnädiges Fräulein, daß ich Sie hier treffe!“

„Warum?“

„Darum!“ versetzte er lebhaft und setzte sich an ihre Seite. „Ich war nämlich ungeschlüssig, ob ich abreisen sollte oder nicht. Das Leben ist hier ein bißel teuer. Also ich mußte weder ja noch nein und wollte es ausknobeln. Die

erste Dame, die du siehst, soll's entscheiden, dachte ich mir. Ist sie alt, reißt du. Wenn du aber 'ne hübsche junge siehst, kannst du noch ein bißel bleiben. . . Na, Gott sei gelobt und gepfiffen, daß ich Ihnen begegnet bin.“

Während er vergnügt lachte, war Nelli verlegen errötet. Aber dies aufrichtige Kompliment klang ihr wie eine süße Musik.

„So wäre ich also schuld, daß Sie bleiben?“

„Jawohl, jawohl! Sie allein! . . . Ich bin ja riesig froh. Zwei Wochen geht mein Urlaub noch. Warum soll ich da eher in den alten Kommiß gehen? Wenn man jung ist, soll man sich die Welt ansehen. Hab ich recht?“

Er plauderte munter in einem fort, bald paradiierend wie ein Pferd in der Arena, bald einsamweichelnd und verstedte Schuldigungen einfließen lassend. Und so viel Absicht auch bei dieser Art war, sie kam ihm doch ganz natürlich heraus. Es fiel ihm nicht schwer, den Liebenswürdigen zu spielen. Denn seine Augen, gekendet von dem Glanze der zwei Millionen, sahen nicht mehr das von der Kirchhäfeler Schneiderin verunstaltete Mädchen. Er kleidete sie sozusagen um. Für ihn rauschte sie schon in Seide. Er prüfte ihre Gestalt und fand die Hüfte tabellos. Die schlaffe Taille hatte keinen Zentimeter zubiel. In eleganter Toilette würde sie eine brillante Figur machen!

Die beiden waren im besten Gespräch, da tauchte die kurze Gestalt des dicken Schmitz auf. Sein grauer Sonntagshut flog in weitem Bogen vom Kopf, und mit noch heiserer Stimme rief er schon von weitem:

„n Morgen! Morgen, gnädiges Fräulein!“

Etwas überrascht durch diesen enthusiastischen Gruß sagte das junge Mädchen auch guten Morgen.

„Denken Sie, Fräulein von Wacht, ich war heute morgen in der Kirche . . . Thretwegen!“

„Weinetwegen?“

„Thretwegen!“

Er war näher gekommen, machte noch einmal eine Verbeugung und bat um die Erlaubnis, Platz nehmen zu dürfen.

„Auf mein Wort, Thretwegen! Gnädiges Fräulein rieten mir doch mal, ich sollte wieder in die Kirche gehen. Oder haben Sie das nicht getan? . . . Als getreuer Knecht

bin ich denn hingestieft. Leider hatte ich nicht das Glück, Sie dort zu treffen.“

„Wie fanden Sie's denn in der Kirche?“

„Na!“ meinte er ehrlich. „Offen gesagt . . . grauenböll!“

Er schneuzte sich und holte Atem. So siegesbewußt er seine schöne Nachbarin auch anzuschauen bemüht war, in seinem gelbgrauen Gesicht brummte doch ein ganz grimmiiger Kater.

„Grauenböll! . . .“ jagte er heiser. „Namentlich wenn man nicht recht ausgeschlafen hat. Erstmal waren die Bänke mörderlich hart. Dann sah ich zwischen lauter alten Schachteln. Fräulein von Königsmärker bot mir ihr Gesangbuch an und wollte absolut, ich sollte mitzingen. Aber das schlimmste war die Predigt. Fing der alte Herr da auf der Kanzel eine Buhpredigt an . . . ah, fürchterlich!“

Als die beiden Zuhörer lachten, meinte er:

„Wir war gottsjämmerlich zumute . . . Die Pastoren sollten wahrhaftig ein Programm ihrer Predigt an die Kirchentür nageln, damit man vorher 'ne Ahnung hat. Im Theater weiß ich doch auch, ob ich ein Lustspiel oder 'ne Tragödie zu hören frige.“

Während Nelli so zwischen zwei Feuern saß, war René Bäsch damit beschäftigt, auf sein weißes Vorhemd einen Schmetterling und Blumen zu malen. Dies war seine eigne Erfindung, und wenn er so in dem tief ausgeschnitzen braunen Rock, der vorn nur einen einzigen Knopf hatte, an der Table d'hôte erschien, erregte er allgemeine Bewunderung.

Uebrigens war er vortrefflicher Laune. Die Sektpartie war ihm ausgezeichnet bekommen. Er gehörte zu den glücklichen Menschen, denen Sekt nur dann schlecht bekommt, wenn sie ihn selbst bezahlen müssen. Munter tustete er seinem Schmetterling die buntesten Farben an und schmiedete dabei weitgehende Pläne.

Blötzlich aber trieb ihn eine dunkle Ahnung ans Fenster, dieser Junfinkt, der die Raubtiere schon von weitem die Beute wittern läßt. Er hörte helles Gelächter und bemerkte die Gruppe auf der Bank.

„Korrekturna Folat.“

Agte, wir könnten nicht vor den Unternehmern zurückweichen. Aber die ganze bürgerliche Welt ist neuer Juridikweiden in der Arbeiterfrage schon gewohnt. Auch aus diesen Verhandlungen zwischen Parteien und Gewerkschaften wird nicht das geringste Veränderte herauskommen. Vielleicht könnten wir durch eine gänzliche Beilegung der Unterstufung die Arbeiter noch einmal galvanisieren, aber ich glaube überhaupt nicht mehr, daß sie lebensfähig ist. (R. Fischer ruft: So beantrage doch, sie zu beilegen!)

Robert Schmidt (Berlin): Die Genossin Luxemburg hat das dualistische Verhältnis von Partei und Gewerkschaften bedauert. Das glaube ich ihr; sie inkliniert eben mehr für Verträge. (Unruhe.) Organisationen wie die Gewerkschaften können sich mit dem Parteivorstand natürlich nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung nicht der Unterordnung verständigen. Daran halten wir auch heute fest. Wollten wir die Arbeiter beilegen, so könnten wir Rosa Luxemburg zustimmen. Aber wir haben uns ehedem dem Willen der Parteivorstandes geigt und stellen nur das eine fest: daß kein verständiger Gewerkschaftler den Arbeiter zumutet, sich ohne Unterstützung auszusperren zu lassen. Nun sagt die Genossin Luxemburg: Wenn alle Arbeiter feiern! Ja, wenn! Wenn der Himmel einfällt, sind alle Spatzen tot. (Heiter.) Wir haben eben noch die vielen Indifferenten, Christlichen und Selbst. Wir können den Arbeiter gar nicht zumuten, ohne Unterstützung zu feiern. Denn dazu sind sie ja organisiert. Ich wäre der Genossin Luxemburg sehr dankbar, wenn sie einmal nach Berlin käme und bei unsern Holzarbeitern den Verzicht auf Unterstützung durchföhre. (Heiter.) Früher wurde den Gewerkschaften vorgeworfen, daß sie eine Unterstützung wollten. Jetzt plötzlich will man ganz ohne Unterstützung den 1. Mai durch Arbeiterruhe feiern. Wie es doch wirkt, daß sie die Verantwortung mittragen sollen. Aber Sie können sich nicht mit billigen Ausreden Ihrer Verantwortung entziehen. Auch die Berliner Holzarbeiter hatten in diesem Jahr mehr als 1000 Ausgeperrte, bis zu 20 Wochen Arbeitslose und 70 000 Mark hat uns das gekostet. (Hört, hört!) Ueber die Vorgänge der russischen Gewerkschaftsbewegung hat uns Genossin Luxemburg schon früher ganz falsche Darstellungen gegeben, als sie uns erzählte, die russischen Buchdrucker hätten den Achtstundentag, was wollten da wir! (Sehr gut!) Eine Genossin von der wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Bildung der Genossin Luxemburg hat da einfach die Tatsachen verdrängt und einen kleinen Augenblickserfolg übertrieben. Heute ist — leider! — die russische Gewerkschaftsbewegung zerfallen, und wir können diese Bewegung, die im revolutionären Sturm emporkam nicht vergleichen mit der ruhigen und stetigen deutschen Gewerkschaftsbewegung in ihrem langjähigen Fortschritt, die nicht anders ist, weil die Verhältnisse nicht anders sind. Generalkommission und Parteivorstand haben nicht die Absicht gehabt, die Arbeiter zu erdroffeln, aber ihre Abmachung sollte an Ihre Verantwortlichkeit appellieren, daß Sie nicht nur in Reden, sondern auch in Taten zeigen müssen. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Pid. (Bremen): Als ich gestern von dieser Stelle das Treiben gewisser Genossen kennengelernte, die die Arbeiterfrage systematisch von rechten Wege abzulenken suchten, wurde mir Unverschämtheit zugeworfen, besonders, als ich die Masse aufforderte, ihnen die Tür zu weisen. Parteigenossen! Sie haben jetzt eine andre Unverschämtheit geübt. (Unruhe.) Ein Gewerkschaftsjührer, der an erster Stelle steht, hat der Genossin Luxemburg den Vorwurf gemacht, daß sie einen Skandal provozieren, nicht eine Verständigung herbeiföhren wolle. Einen schwereren Vorwurf kann man einer Genossin, die ihr Leben für die Arbeiter in die Schanze geschlagen hat, kaum machen. (Sehr wahr! und Widerspruch.) Ich fühle nicht die Verpflichtung in mir, die Genossin Luxemburg zu verteidigen (gr. Heiterkeit), aber ich wollte doch einmal den Ton neuer Leute kennengelernt. (Stimm. Unterbrechungen. Leute?? Tonen!! Zurufe: Unverschämtheit! Sehen Sie doch in die Schule!) Ich nehme den Ausdruck „Leute“ zurück, aber ich verführe zugleich, daß ich vor den Genossen, die ich kennengelernt habe, nicht die geringste Achtung als Parteigenossen habe. (Stimm. Unterbrechungen und anhaltende Unruhe.)

Vorj. Dorn: Ich bin genötigt, den Redner zur Ordnung zu rufen, wenn er so fortfährt. (Anhaltende Unterbrechungen. Zurufe: Parteischüler! Letzte Bildung!)

Vorj. Dorn: Ich habe den Redner zur Ordnung gerufen, damit ist die Sache erledigt.

Pid.: Ich will nur sagen, daß ich derartige Ausführungen nicht in der Parteischule gelernt habe. (Schallende Heiterkeit.) Ich habe schon, bevor ich in die Parteischule ging, in dieser Art polemisiert. (Zorniger Beifall und Heiterkeit.) Zur Sache legt der Redner dar, daß die Unterstützung ledigliche Sache der Gewerkschaften sei, die Beiträge zu diesem Zweck erheben. Es sei falsch, zu sagen, daß die Arbeiter ohne Unterstützung möglich sei, falsch aber auch, auf die Arbeiter überhaupt verzichten zu wollen. Wenn die Arbeiter noch nicht genügend Ansbereitung gefunden habe, so liege das an dem Widerstand der Gewerkschaften. Dabei hätten gerade sie die Pflicht, dieses Hindernis von den Unternehmern so gefährliche Agitationsmittel zu benutzen.

Si mou (Hilfberg): Die Abmachungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission haben in uns allen schmerzliche Geföhle erweckt. Mit dem Rechenstift in der Hand kann die Frage der Arbeiter nicht gelöst werden. Erst jetzt jungen die Unternehmern an, die meistensden Arbeiter auszusperren, da deren eigne Jührer die Arbeitsruhe nicht mehr wünschen. Es ist ganz verkehrt, immer zu fragen, ob wir auch hart genug sind. Die Welt hat sich geradezu umgedreht. Weil wir hart geworden sind, fühlen wir uns schwach; solange wir schwach waren, machten wir uns hart. Sehen Sie doch nur auf die Größe unserer Partei- und Gewerkschaftsbewegung! Sind wir wirklich schwach? (Sehr Beifall.)

Lipinski (Leipzig): Fischer hat gesagt, daß wir an dem Abkommen von Parteivorstand und Generalkommission nichts ändern können. Eine solche Kabinetspolitik ist mit Parteipakt und Parteipolitik unvereinbar. (Sehr wahr!) Der Parteivorstand hätte überhaupt diesen Antrag nie bekommen, wenn die Gewerkschaften aus in Stuttgart nicht überumpelt hätten. Die Gewerkschaften wollen sich in ihrer Ruhe nicht durch die Arbeiter am 1. Mai hören lassen, und der Parteivorstand ist ihnen nicht gleichberechtigt, sondern ganz in ihrem Schlepptau. Weil hinter diesen Abkommen der Wunsch steht, die Arbeiter zu beilegen, darum können wir es nie und nimmer annehmen. (Beifall.)

Honratl (München): Ich begrüße die Vereinbarung als ersten Schritt, die Aufsbereitung der Arbeiter und die Lösung der Unterstützungfrage in geordnete Bahnen zu leiten. In der Gegenwart mit ihren Familienfragen und Unternehmernorganisationen ist auch die Arbeiter eine andre geworden als früher. Wir haben die Pflicht, der Wahrheit ins Auge zu schauen.

Klupich (Darmstadt): Ohne Unterstützung ist die Arbeiter unmöglich. Aber diese Unterstützung konnten wir sehr gut anbringen, wenn die Partei allgemein einen Vertrag mit der Arbeiter eingegangen. Die Parteiangehörigen sollten ihre Einnahmen am 1. Mai ebenfalls an die Parteikasse abliefern. (Zustimmung.) Ein Schlußantrag wird angenommen.

Das Schlußwort

Richard Fischer: Der Gehalt der Arbeiter ist noch niemals so gehöhigt worden wie durch die Unterbrechungen, die heute in der Debatte von Seiten gelassen wurden. (Sehr wahr!) Das sollen Genossenschaftler denken von den Ansbereitern, mit denen sie die Parteileitung beauftragt haben, diese Zeitung, die sie übernommen wahrheitsgemäß einbringen werden. (Sehr gut!) So kann nur jemand sprechen, der ganz ohne Parteipolitik und Parteipolitik ist. Ich habe jedoch nur den Willen der Jugend beiseite. Ich hätte nur gewünscht, daß er auch sein Alter zu Rate gezogen und sich genötigt hätte: Was wird die Welt bringen, wenn ich so dabei urde, ich einer der letzten Genossen! Wenn gesagt worden ist, daß die Gewerkschaften keinen unter dem Unterstützungspakt, so sind das Redensarten, die wir uns längst an den Schulbüchern angeeignet haben. Gerade durch die Unterstützung und die hohen Beiträge haben die deutschen Gewerkschaften sich zu der jetzigen Höhe emporgehoben und wer von Belieben will, hat überhaupt keine Ahnung vom Gewerkschaftswesen. Obwohl wir uns demnach anstrengen werden, daß eine geeignete Vereinbarung niemals einseitig gemacht werden kann. Wir haben den Auftrag, den der Parteivorstand uns gegeben hat, 1000 und

es rich zu erfüllen gesucht. Aber damit hat der Parteitag dem Parteivorstand einen Auftrag gegeben, von dem er ehlich einen Erfolg nicht erwarten konnte. Dann soll man aber jetzt, nachdem wir 20 Jahre lang mit aller Kraft für die Arbeiter agitiert haben, nicht sagen, wir wollten die Arbeiterruhe abwürgen. Daß wir schwach geworden sind, ist nur eine Nebenart, die tönt, aber es steht nichts dahinter. Man hat gesagt, die Arbeiterbegeisterung in diesem Jahre die Arbeiter ruiniert. Aber die Arbeiterbegeisterung läßt sich nicht auf Pfosten ziehen und am 1. Mai losfallen, sondern hängt ab von den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen und der Stellung der Gegner. In Offenbach hat z. B. der Ordnungskönig eine ganz neue Situation geschaffen. Wenn Berlin und Hamburg behaupten, die lokalen Unterstützungen nicht ausbringen zu können, so glaube ich das einfach nicht. Man verfühnt sich geradezu an der Partei, wenn man sagt, daß die Arbeiter zugrunde gehen müßten, wenn die Unterstützungen lokal geordnet werden. Rosa Luxemburg hat uns wieder nach Ausland gewiesen. Aber was in Warschau notwendig ist, kann in Deutschland schädlich sein, und was in Warschau vielleicht die einzige Möglichkeit ist, von der Arbeiterfrage Kunde zu geben, kann die Arbeiterbewegung in Deutschland auf ein Jahr zehnt lahmlegen. Die Arbeiter ist uns

Keine Preisfrage und keine Kraftprobe

mit Regierung und Unternehmertum, sondern eine Demonstration für Arbeiterrecht und Achtstundentag. So oft Unternehmer und Regierung es zur Kraftprobe machen wollten, haben wir dankend abgelehnt. Unsere Kraftprobe ist die Wahltagung, wo die Massen einermachen gleich sind, aber nicht der wirtschaftliche Kampf, bei dem alle Waffen in der Hand des Unternehmers sind und wir nur den elenden Flechtisch eines polizeilich überwachten Koalitionsrechts haben. Wenn wir einst den letzten großen Kampf auf wirtschaftlichem Boden führen, so werden wir den Mut dazu schon haben. Aber deshalb braucht man uns heute nicht eine Sache zu verleihen, an der wir seit 20 Jahren mit Energie und Begeisterung gewirkt haben. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Zur Abstimmung gelangt zunächst die Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission. Sie hat folgenden Wortlaut:

Zur Vorbereitung der Arbeiter ist an allen Orten, möglichst zu Beginn des Jahres, eine Kommission einzusetzen, für die aus gleichen Teilen das Gewerkschaftsamt und die Parteioptionen ihre Vertretung bestimmen. Den Vorsitzenden wählt die Kommission selbst.

Die Kommission hat die Aufgabe unter Berücksichtigung der örtlichen und beruflichen Verhältnisse und der Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisationen sowie der Beschlüsse des Parteitags für eine würdige Feier Sorge zu tragen. Die in Aussicht genommene Feier darf an keinem andern Tag als am 1. Mai stattfinden.

Bei Ausperrungen infolge der Arbeiter kann den davon betroffenen Arbeitern eine Unterstützung gewährt werden, und darauf haben die politisch wie gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch.

Die für die Unterstützung nötigen Mittel sind von der Parteioption und der Gewerkschaft am Orte, an welchem die Ausperrung erfolgt, auszubringen. Zur Unterstützung der Ausgeperrten soll an den für diese kommenden Orten ein Fonds gebildet werden. Die Mittel für diesen Fonds sind durch Sammlungen und freiwillige Beiträge aufzubringen. Bedarf es eines solchen Fonds am Orte nicht, oder reichen die Mittel eines Fonds zur Unterstützung der Ausgeperrten nicht aus, so sind die erforderlichen Unkosten am Orte von der Parteioption und den Gewerkschaften, denen die Ausgeperrten angehören, zu decken. Der Anteil der jede dieser Organisationen zur Deckung der Unkosten der Ausperrung aufzubringen hat, wird nach der Mitgliederzahl dieser Organisationen berechnet. Anspruch auf Unterstützung aus den Zentralstellen der Partei und Gewerkschaften haben die Ausgeperrten nicht.

Erheben die Gewerkschaften im Anschluß an die Ausperrung Lohnforderungen, so haben sie die Unterstützung der Ausgeperrten allein zu übernehmen.

In der Abstimmung werden Absatz 1, 2 und 5 mit großer Mehrheit angenommen, Absatz 3 mit 191 gegen 123 Stimmen. Absatz 4 wird abgelehnt. Die ganze Vereinbarung (ausschließlich Absatz 4) wird gegen die Stimmen des Parteivorstandes und einzelner Genossen angenommen, und mit derselben Mehrheit dem Parteivorstand der Auftrag gegeben, neue Verhandlungen mit der Generalkommission einzuleiten. Mehrere Anträge, die eine noch intensivere Agitation für die Arbeiter wünschen als bisher, werden angenommen. Ebenso ein Antrag Frankfurt, daß, wer am 1. Mai arbeitet, einen Tagelohn an die Arbeiterkassen abzuliefern hat.

Bömelburg (Hamburg, zur Geschäftsordnung): Es fragt sich nur noch, was in zwichen geschehen soll, bis eine neue Vereinbarung zustande kommt. Lassen wir solange die getroffenen Vereinbarungen bestehen? (Heiterkeit.)

Fischer (Berlin): Solche Schlußfolgerung ist ganz unmöglich. Es ist keine Vereinbarung zustande gekommen, also gilt auch keine.

Der Parteitag stimmt der Auffassung Fischers zu. Die Weiterverhandlungen werden auf Mittwoch früh vertagt.

Resolutionen.

Sozialpolitik und der neue Kurs.

Die technische Entwicklung der Industrie führt zur beschleunigten Konzentration des Kapitals, die in den Kartellen und Syndikaten ihren bisherigen Höhepunkt erreicht hat. Die Konventionen, Kartelle und Syndikate, die zur Erhaltung führen, sind notwendige Erscheinungen der kapitalistischen Entwicklung. Durch die Kartellbildung und die Gründung von Berufsgenossenschaften sind jene Unternehmerorganisationen gestärkt, die ihre Spitze gegen die Interessen der Angestellten und Arbeiter richten und bestrebt sind, die Angestellten und Arbeiter völlig zu entrechten, um die Ausbeutung freieren zu können. Die bürgerlichen Parteien, die in den letzten Jahren eine große Anzahl sozialpolitischer Anträge gestellt haben, deren Inhalt sie ans früher von Sozialdemokraten gestellten Anträgen entnehmen, haben weder die Fähigkeit noch den Willen, die in diesen Anträgen gestellten Forderungen durchzuführen. Die Regierung hat durch die neuen Entwürfe zur Gewerbeordnung und Arbeitskammergesetz offen bekundet, daß sie nicht gewillt ist, eine Sozialpolitik zu treiben, die den Widerstand des Zentralverbandes deutscher Industrieller hervorruft. Angesichts aller dieser Erscheinungen wird es notwendiger als je, daß das Proletariat alle seine Kräfte zusammenfaßt, um seine physische und moralische Gesundheit und Kampffähigkeit zu erhalten und zu heigern. Es ist dringend notwendig, daß jeder Arbeiter der Gewerkschaft seinen Verzicht angedehnt. Ebenso notwendig aber ist eine energische politische Agitation innerhalb wie außerhalb des Parlamentes zur schließlichen Durchführung der im letzten Programm unres Parteiprogramms sowie der in der Münchner Resolution über die Arbeiterverföhderung gestellten Forderungen.

Es ist ferner zu fordern:

- 1. Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechts für alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen.
2. Abschaffung der preussengerichteten Rechte, Freizügigkeit, Koalitionsrecht usw., gegen Angriffe durch Privatverträge, Verbot der Konkurrenzklagen, Personalunionen und ähnlichen Abmachungen, die die Angestellten und Arbeiter in ihrer Bewegungsfreiheit zu hindern geeignet sind.
3. Sicherung des geringen Eigentums an Erfindungen und Entdeckungen.
4. Gesetzliche Vorschriften für jugendliche Wohlfahrtsentwöhungen, wodurch eine Kontrolle ermöglicht und das Eigentumsrecht der Angestellten und Arbeiter an den gezahlten Beiträgen gesichert wird.

Kölnenbuß.

Die den materiellen Interessen der bestehenden und herrschenden Klassen dienende, die Arbeiterklasse schwer schädigende und den Weltfrieden bedrohende Militär-, Marine- und Kolonialpolitik des Deutschen Reiches führt zu ununterbrochen steigenden Ausgaben, deren Deckung bei dem jetzt geltenden Steuerhystem nicht zu erlangen ist. Troßdem seit dem Jahre 1888, dem Regierungsantritt des jetzigen Kaisers, die eignen Einnahmen des Reiches von 821 Millionen Mark auf 1732 Millionen im Jahre 1907 gestiegen sind, ist in dem gleichen Zeitraum die Schuldenlast des Reiches von 720 Millionen Mark auf 4300 Millionen angewachsen.

Die Steuern des Reiches sind ungerecht und unwirtschaftlich. Durch die Zölle und Verbrauchsabgaben werden die ärmsten Klassen der Bevölkerung am schärfsten getroffen. Dabei kommt nur ein geringer Bruchteil der Millionen, die die Steuerzahler ausgeben, in die Reichskasse. Den größten Teil der durch Getreide-, Vieh- und Fleischzölle, Garn-, Eisen- und andre sogenannte Schutzzölle auf Gebrauchsgüter der breiten Massen dem Volke abgenommenen Summen fließt in die Taschen der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten, die nur eine verhältnismäßig geringe Steuerquote für die Reichskasse leisten. Gefunde Finanzverhältnisse können nur geschaffen werden, wenn die Ausgaben für Militär, Marine und Kolonien herabgesetzt und die Steuern der Zahlungsfähigkeit der Steuerzahler angepaßt werden.

Der Parteitag protestiert gegen die Erhöhung bereits bestehender, sowie die Einföhierung neuer Steuern auf Massenverbrauchsartikel. Insbesondere protestiert der Parteitag gegen die dem russischen Steuerhystem entlehnte Wandlersteuer auf Zigaretten und Tabak sowie gegen die Erhöhung der Biersteuer. Ferner protestiert der Parteitag gegen Steuern auf Licht und Kraft (Petroleum, Gas, Elektrizität usw.).

Der Parteitag fordert die Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen steuerpolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern. Er fordert die Einföhierung einer stufenweise Minderheit der Reichs-Einkommen- und Vermögenssteuer, die Reform der Erbschaftsteuer durch Heranziehung aller größeren Erbschaften und Erhöhung der Steuerquote nach dem Umfange des Erbgutes und nach dem Grade der Verwandtschaft, insbesondere die erbschaftsteuerliche Heranziehung des Erbgutes für Ehegatten und Kinder.

Aus der Arbeiterbewegung.

Auf geweihtem Boden werden künftig die Frankfurter Genossen ihre Partei- und Gewerkschaftsfeier abhalten. Am Sonntag nachmittag veranstaltete ein christlicher Junglingsverein im Zivoliergarten, wo sonst die Parteifeier abgehalten werden, ein sogenanntes evangelisches Posaunenfest. Vier christliche Priester traten als Festredner auf, einer davon meinte in seiner Begrüßungsrede, man möge sich die Festrede nicht durch den Gedanken trüben lassen, daß der Zivoliergarten ein sozialistisch verwehelter Ort sei. Durch die Rede geweiht werde der Boden sein, das Fest könne als ein auf geweihtem Boden abgehaltenes gelten, nachdem sich christliche Priester daran als Festredner beteiligt haben. Bisher war der Zivoliergarten mit einem Wirtschaftskol von den Brauereientnehmern nur gegen Feuer und Blitz von oben versichert. Jetzt ist der Boden also auch gegen Besch und Schwefel von unten versichert. Alle Mühen und Liden der hollischen Erdeinde können unsern Festplatz nicht mehr anhaben, er ist „geweiht“.

Boykott-Prozess. Vor dem Dresdner Schöffengericht fand am Dienstag ein interessanter Boykott-Prozess statt. Der Genosse Groesch, Redakteur der „Dresdner Volkszeitung“, der Vorsitzende des Gewerkschaftsartikels, Dittmer, die früheren Vorsitzenden der drei Dresdner Wahlkreise, Sindermann, Reimann und Kühn hatten wegen einer Zeitungsnote sowie wegen Verbreitung eines Flugblatts über den Boykott einer Großmühle Anklage erhalten. Zu der ersten Instanz hatte der Genosse Groesch 4 Wochen und 3 Tage Haft, die übrigen Genossen je 5 Tage Haft erhalten, der Gewerkschaftsbeamte des Wädervorbandes 10 Tage. Zu der Berufungsverhandlung am Mittwoch wurden vier Genossen freigesprochen, die Strafe des Genossen Groesch auf 50 Mark, die des Genossen Reimann auf 30 Mark herabgesetzt. Sindermann hatte keine gerichtliche Entscheidung beantragt.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

ArbeitsEinstellung. In den Victoria-Fahrradwerken in Nürnberg haben die Arbeiter wegen Akkordreduktionen die Arbeit niedergelegt.

Streikende Zigarrenarbeiter. Die Arbeiter der vier Zigarrenfabriken von Klevenhufen, im Kreise Wigenhausen, sind Montag in den Streik eingetreten. Die Arbeiter der Bremer Filialen werden in einem Sympathiestreik eintreten. Obgleich die Arbeiter Verhandlungen anzubahnen versuchten, wurden sie abgewiesen.

Sozialpolitik auf Kaiserlichen Werften. Am Dienstag abend fand in Kiel eine Protestversammlung der kaiserlichen Werften mit der Tagesordnung: Der neue sozialpolitische Kurs auf der Werft. Hier erglöhert ein nationaler Arbeiterverein, dessen einziger Zweck die systematische Beilegung und Widmung der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften ist. Nach der letzten Landtagswahl denungzierte dieser Verein in seinem Wochenblattchen, dem „Nationalen Arbeiter“, Arbeiter und Meister. Die sozialdemokratisch gewählte Arbeiter, unter direkter Namensnennung der Werfleitung und drohte dieser, falls sie auf die Denunziation nicht reagiere, unterblänt mit dem Reichsmarineamt. Demnächst ist die Werfleitung mit diesem nationalen Arbeiterverein in direkte Geschäftsverbindung getreten; während die Werf bis jetzt ihre Arbeiter von dem Allgemeinen Arbeitsnachweis in Kiel bezog, läßt sie sie jetzt vom Bureau des Vereins zuweisen. Hier müssen die Arbeituchenden zunächst einen Revers unterschreiben, daß sie aus ihrer freien Gewerkschaft austreten, und brachten dann auf vorgedrucktem Formular die Empfehlung für die Werf. Es wird ihnen dann geraten, diese Empfehlung nur dem Beamten auf dem Werfbureau zu zeigen und sie zwischen die Invalidentarte zu legen, der Beamte „wisse schon Bescheid“. Weiter empfiehlt ihnen der Geschäftsführer des Nationalen Arbeitervereins, der Pirich-Dunderschen Gewerkschaft, der er selbst auch angehört, beizutreten. Die Versammlung machte in einer einstimmig angenommenen Protestresolution die Werfleitung verantwortlich für diese Treibereien, die ein Aktentat auf das Koalitionsrecht und einen Verstoß gegen die Reichsgesetze — § 152 der Reichsgewerbeordnung — bedeuten. Sie lehnt es ab, durch den Arbeitsauschluß bei der Werfleitung vorstellig zu werden, da man überzeugt sei, daß der Nationale Arbeiterverein zu seinem Borgeben die Zustimmung von der Werfleitung erhalten habe. Die Versammlung wandte sich nun direkt an das Reichsmarineamt in der bestimmten Erwartung, daß dieses unverzüglich einschreiten und dem Nationalen Arbeiterverein den Arbeitsnachweis für die Werf entziehen werde. Der Reichstagsabgesandte Regier erklärte sich bereit, die Resolution persönlich dem Chef des Reichsmarineamts zu übermitteln.

Der englische Trade-Unions-Kongress.

Der 41. englische Gewerkschaftskongress hat vorige Woche in Nottingham getagt. Am Tage vor der Eröffnung und während der Tagung fanden, wie üblich, eine Reihe Sonderkonferenzen und öffentliche Versammlungen statt. So hielten die Eisenbahner und die Bergleute Versammlungen ab, andre Konferenzen befaßten sich mit der Unterrichtsfrage, der Frauenfrage, der Wohnungsfrage usw.; auch die sozialistische Partei hielt mehrere Meetings ab.

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 218.

Magdeburg, Donnerstag den 17. September 1908.

19. Jahrgang.

Provinz und Umgegend.

An die Parteioorganisationen im Regierungsbezirk Magdeburg.
Auf Grund des § 9 unseres Organisationsstatuts berufen wir hierdurch unsern

dritten Bezirkstag

zu Sonntag den 27. September 1908, vormittags 10 Uhr, nach Magdeburg, Rischlerstr. 22, ein.

Provisorische Tagesordnung:

1. Rechenschaftsbericht.
2. Presse.
3. Agitation.
4. Organisation.
5. Wahlen.
6. Bestimmung des nächsten Tagungsortes.
7. Allgemeines.

Die Wahlen der Delegierten müssen unter Beachtung der Bestimmungen des § 12 des Statuts für den Bezirksverband vorgenommen werden. Dieser lautet:

Der Bezirksstag setzt sich zusammen aus Delegierten der Kreisvereine. Auf je 200 Mitglieder kann ein Delegierter gewählt werden. Angefangene 200 gelten für voll. Als Mitgliederzahl ist die Zahl der durchschnittlich für ein Vierteljahr während des letzten Jahres vor dem Bezirksstag an den Bezirksvorstand geleisteten Beiträge zugrunde zu legen. Vereine mit weniger als 200 Mitgliedern können 2 Delegierte entsenden. Den Wahlmodus bei den Delegiertenwahlen bestimmen die Kreisvereine selbst.

Den Delegierten ist ein Mandat auszustellen.

Die Mandatsformulare liefert der Bezirksvorstand. Die Delegationskosten haben die Kreisvereine selbst zu tragen. Außer den Delegierten sind die Reichstagsabgeordneten und Kandidaten der einzelnen Kreise stimmberechtigt. Je ein Vertreter der Redaktion und Geschäftsleitung der „Volksstimme“ haben beratende Stimme. Kreisvereine, die mit ihren fälligen Quartalsbeiträgen länger als 3 Monate im Rückstande sind, haben nur Anspruch auf Vertretung auf dem Bezirksstag, wenn ihnen der Bezirksvorstand die Beiträge fründete und der Bezirksstag die Stundung genehmigt. Anträge, die veröffentlicht werden sollen, müssen dem Bezirksvorstand spätestens 14 Tage vor Stattfinden des Bezirkstags zugefandt werden.

Magdeburg, den 16. September 1908.

Der Bezirksvorstand.

Anträge zum Bezirkstag.

a) Allgemeine.

Wahlkreis Neuhaaldensleben-Wolmirstedt:

1. Die Angehörigen der Gewerkschaften und der Partei im Regierungsbezirk Magdeburg werden ersucht, ihre Referate am 1. Mai ohne Entschädigung zu halten.

2. Die Referenten im Regierungsbezirk Magdeburg sollen bei Eisenbahnfahrten möglichst die billige Wagenklasse benutzen, da hierdurch ein gut Teil Geld gespart werden kann.

Wahlkreis Oschersleben-Halberstadt:

Der Vereinskalender der „Volksstimme“ ist derart auszubauen, daß in den Bekanntmachungen von Versammlungsangelegenheiten die Angaben der Tagesordnung und der Name des Referenten angefügt werden können.

b) Zum Bezirksstatut:

Zu § 2. Oschersleben:

Die Worte „die sich aus den örtlichen Mitgliedschaften zusammensetzen“ und „über 18 Jahre“ sind zu streichen. Neu anzufügen ist folgender Satz: „Personen unter 18 Jahren ist durch Gesetz der Beitritt verboten.“

Zu § 3. Magdeburg und Wolmirstedt-Neuhaaldensleben:

Das Eintrittsgeld muß für männliche Mitglieder 20 Pfg. und für weibliche 10 Pfg. betragen.

Oschersleben-Halberstadt:

Zu § 3 Absatz 2: Um den neuanzunehmenden Mitgliedern den Beitritt zur politischen Organisation zu erleichtern, ist von der Erhebung eines Eintrittsgeldes Abstand zu nehmen. Der

Satz betreffend die Erhebung von Eintrittsgeldern ist deshalb zu streichen.

Zu § 4. Oschersleben und Oschersleben-Halberstadt:

Der Absatz 2 ist so zu fassen: In den Bezirksverband zählen die Kreisorganisationen pro männliches Mitglied und Quartale 10 Pfg., pro weibliches Mitglied 5 Pfg.

Zu § 6 Absatz 1. Oschersleben:

Die Worte „über 18 Jahre“ sind zu streichen und dafür dem ersten Absatz hinzuzufügen: „jeden ihr nicht durch Gesetz die Mitgliedschaft verwehrt ist.“

Magdeburg:

Mitglied kann nicht sein, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Partei oder einer eheverletzenden Handlung schuldig macht.

Zu § 9. Oschersleben:

Dem Paragraphen ist folgender Absatz anzufügen: „Die Revisionen haben mindestens einmal in jedem Vierteljahr zu erfolgen. Ueber ihren Befund ist jedesmal ein Protokoll in einem Buch aufzunehmen.“

Zu § 10. Magdeburg:

Zeile 4 ist zu streichen; ferner: § 10 wird § 13.

Oschersleben:

Statt der Worte „über die Beschlüsse der Preßkommission“ zu setzen: „Ueber die Preßkommission und den Vorstand des Bezirksverbandes.“

Zu § 11. Oschersleben:

Dem Absatz 1 ist anzufügen: „Für jedes Mitglied der Preßkommission außerhalb Magdeburgs ist gleichzeitig ein Ersatzmann zu wählen; für die Magdeburger Delegierten insgesamt drei Ersatzmänner.“

Magdeburg:

Die Worte „die der Bezirksstag zu wählen hat“ zu streichen. Ferner: Der Absatz 3 ist ganz zu streichen.

Zu § 13, 14, 15 und 16. Magdeburg:

Die Paragraphen werden so verfaßt, daß § 16 für § 10 eingeschaltet und dann fortlaufend nummeriert wird.

Zu § 18. Magdeburg:

Hinter dem Worte „Bezirksverbandes“ wird angefügt: „und über die Aenderung dieses Statuts.“

Wiederitz, 16. September. (Warum Arbeiter noch streiken müssen!) Hier ist der Bau des Unternehmers Bonin gesperrt worden, alle dort Beschäftigten legen die Arbeit nieder, weil der Unternehmer sich weigert, die Balkenlagen abdecken zu lassen. Die Unfallverhütungsvorschriften will Herr Bonin nicht kennen, sie sind auch auf der Baustelle nicht ausgehängt. Schon seit dem 12. August will Bonin seinen Betrieb bei der Berufsgenossenschaft angemeldet haben. Das klingt sehr unwahrscheinlich, denn es wäre doch ein Frevel, wenn sich die Berufsgenossenschaft erst dann um den Bau kümmert oder die Unfallverhütungsvorschriften herausgibt, wenn der Bau fertiggestellt oder ein Unglück passiert ist. Nur einem Glücksumstand ist es zu danken, daß nicht am Dienstag wieder eine Arbeiterleiche mehr zu verzeichnen war. Eine größere Anzahl Mauersteine fielen zwei Stock herunter, weil die Abdeckungen in beiden Etagen fehlten. Ein Steinträger wurde aber doch leicht verletzt. Der Durchschnittslohn wurde auch nicht gezahlt, was ist nicht vorhanden, und da will man den Arbeitern zumuten, daß sie auf einem derartigen Bau arbeiten. Die Arbeiter sind auf Selbsthilfe angewiesen. Kein Maurer darf sich finden, der diesen Bau betritt, bis die Sperre aufgehoben wird.

Leimbach, 16. September. (Eine Gemeindevertreter-Sitzung) findet am 17. September abends 8 Uhr statt. Tagesordnung: Gemeinderückzahlung, Gehaltserhöhung des Gemeindefreiwirtschafters und Armenpfleger.

Burg, 16. September. (Ein leuchtendes Luftschiff.) Das Dienstag nachmittag über Burg sichtbar wurde, hatte „halb Burg“

auf die Straße gelockt. Der Anblick verlockte sich auch, denn es strich in ganz geringer Höhe über uns dahin, deutlich vernahm man das Arbeiten des Motors und ganz deutlich konnte man sehen, wie einer der vier Insassen den Burgern einen Gruß zuwinkte. Mitten über der Stadt wendete die „gelbe Riesenzigarre“ und nahm ihren Kurs nach Berlin zu.

(Von Kirchensteuerzettel.) Die an Frauen, die längst der Kirche Valet gesagt haben, und an „Frauen“ von Junggefallen gelandt wurden, haben wir uns in Laufe der letzten Wochen eine kleine Sammlung anlegen können. Wir haben bereits eine Uebereignung der Nikolaikirche geschickt, indessen läßt sich auch die Kirche Unser Lieben Frauen keine Traurigkeit ansehen. Ein Arbeiter, der nicht in der glücklichen Lage ist, eine Frau zu besitzen und der, nebenbei bemerkt, schon ein respektables Alter erreicht hat, erhält für seine Frau einen Kirchensteuerzettel. Es geschieht ihm auch ganz recht. Warum tritt er aus der Kirche aus und warum ist er nicht verheiratet. Gepannt sind wir nur, was diese „Sünder“ an Mahngeldern zu entrichten haben werden.

Westeregeln, 16. September. (Ein Fortschritt.) Am 1. Oktober wird der „Haltepunkt“ Westeregeln, der bisher nur für die Abfertigung von Personen und Reisegepäck eingerichtet war, auch für den Güter- und Frachtdienstverkehr eröffnet. Von diesem Tage an können Güterentladungen bis zum Höchstgewicht von 250 Kilogramm für das einzelne Stück abgefertigt werden. Die Abfertigung von Gegenständen, zu deren Verladung eine Rampe erforderlich ist, sowie von Sprengstoffen ist ausgeschlossen.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg (Strafkammer).

Sitzung vom 15. September 1908.

Diebstahl. Der Arbeiter Robert Neumann zu Neuhaldensleben, geboren 1870, stahl am 22. Juni d. J. dem Handelsmann Hahn aus dem Garten ein Paar Schuhe und aus den Kleiderschränken im Gartenhaus ein Portemonnaie mit 11 Mark Inhalt. Da wiederholter Rückfall vorliegt, lautete das Urteil auf 1 Jahr Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust. Polizeiaufsicht wird für zulässig erklärt. Neumann wurde sofort verhaftet.

Ein geriebener Schwindler. Der vielfach vorbestrafte Schreiber Adolf Rippenberg von hier, geboren 1869, kam im November v. J. in die Wohnung eines Fleischermeisters und schwindelte ihm vor, er sei Beamter der Baupolizei und mit der Nachmessung des Grundstücks zwecks Regulierung der Grundsteuer beauftragt. Es seien auch noch Hypotheken zu löschen und er wolle dies bewirken. In der Zeit bis zum März d. J. ließ Rippenberg sich von dem Meister für die Wohnungen und zur Anstellung eines Beleibungsprojektes etwa 400 Mark angebliche Anwalts- und Gerichtskosten zahlen, die er dann für sich verbrauchte. Nach dem Gutachten des Gerichtsarztes Dr. Referstein ist Rippenberg ein geriebener Simulant und nicht geisteskrank. Die Kammer erkannte wegen fortgesetzten Betrugs auf 2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust.

Bermischte Nachrichten.

* **Ein Niesenbarometer.** Die kleine Stadt Faenza in der Romagna feiert in diesem Herbst den 300. Geburtstag ihres größten Sohnes, des Erfinders des Barometers, Evangelista Torricelli, durch eine Ausstellung von Fezencen, der nach ihr benannten keramischen Waren. Auf dieser Ausstellung ist jetzt auch ein Niesenbarometer zu sehen, das P. Alfani, der Direktor des meteorologischen Observatoriums von Florenz, zu Ehren Torricellis erbaut hat. Seine Säule ist nicht weniger als 11,19 Meter lang und 20 Zentimeter im Durchmesser stark. Zunächst hatte Alfani Wasser zur Säule verwenden wollen, da man aber mit dieser Flüssigkeit nur eine Höhe von 10,32 Metern hätte erreichen können, so zog er reines Olivenöl vor. Alle Flüssigkeiten enthalten eine gewisse Quantität Luft, die sich bei konstantem Druck und konstanter Temperatur in keiner Weise bemerkbar macht, die aber bei Veränderungen störend wirkt. Wenn zum Beispiel der Druck abnimmt, so weicht die Luft in Form von Blasen aus der Flüssigkeit. Alfani hat im Olivenöl weit mehr Luft

Goethes Mutter.

(Ge storben am 13. September 1808.)

Ueber die Bedingungen der Entstehung eines Genies oder eines großen Talents hat man viel gedacht und viel geschrieben. Darunter ist viel Gutes und Bestehendes. Man erinnert sich, daß Schopenhauer allgemein den Grundfals ausgesprochen hat, der Charakter komme vom Vater, der Intellekt von der Mutter. Zur Bekräftigung seiner Theorie führte er unter andern Beispielen auch Goethe an, der bekanntlich gesagt hat:

Vom Vater hab ich die Statur,
Des Lebens erweis' Führer,
Vom Mütterchen die Frohnauer
Und Luft, zu jaubulieren.

Das Moment der Vererbung ist denn auch allgemein anerkannt und in erste Linie gestellt. Wenn es auch nicht das einzige ist, so ist es doch das schiedlichst innerlichste. Es mögen alle andern Bedingungen für das Werden eines Genies gegeben sein — wenn die geniale Erbschaftsmaße nicht überliefert vorhanden ist, entsteht kein Genie. Die moderne Naturwissenschaft, die sich mit der Frage der Vererbung seit lange und eindringlich beschäftigt, kann freilich bezüglich der Frage der Vererbung genialer und talentierter Begabungen noch nicht viel sagen; sie ist froh, die größeren physischen Vorgänge im Vererbungsproblem zu studieren und in helleres Licht zu setzen. Vor kurzem hat ein Gelehrter, dessen Name in der medizinischen und biologischen Wissenschaft einen guten Klang hat, zum erstenmal den Versuch gemacht, der Frage der Entwicklung des Genies und des Talents auf dem Wege der Ermittlung aller uns bekannten und erreichbaren Tatsachen, also nicht auf naturwissenschaftlichem Wege, sondern mit den Mitteln historischer, kultureller und geographischer Forschung näher zu kommen.^{*)} Von diesem Versuch wird noch viel die Rede sein müssen. Er scheint mir von der größten Fruchtbarkeit zu sein und er wird eine Reihe von weiteren Forschungen nach sich ziehen, die sicherlich endlich zu festen Ergebnissen führen werden.

Es ist also bei jedem individuellen Talent und Genie von großem wirtschaftlichem Werte, den Vorfahren nachzugehen. Freilich ist das nicht in sehr häufigen Fällen möglich, weil sich ja nur in wenigen Familien Aufzeichnungen erhalten und weil nicht selten Genies erscheinen, die ganz dunklen Schichten des Volkes entspringen. Man denke, um nur einen Namen zu nennen, an Segantini. Um

so lebhafter interessieren uns die unmittelbaren Vorfahren, die Eltern. Das gibt aber auch oft gar keine Aufschlüsse, denn die geniale und talentierte Erbschaftsmaße kann wohl durch Generationen latent vererbt werden.^{*)} Sie wird so lange weiter geleistet, bis neben diese Erbschaftsmaße jene andern Momente treten, die sie nun in einem Individuum gleichsam zum Durch- und Ausbruch bringen.

Abgesehen von diesem wissenschaftlichen Interesse an den Eltern eines bedeutenden Menschen, leitet uns ein natürliches Gefühl der Liebe, der Dankbarkeit, der Verehrung, wenn wir der Erzeuger gedenken. Und Reimnarr hat es sehr wahrheitsgemäß gemacht, daß zum mindesten die künstlerische Erbschaftsmaße von den Müttern vererbt wird, was im wesentlichen mit der Ansicht Schopenhauers übereinstimmt. So daß es erklärlich wird, warum wir, besonders bei künstlerischen Naturen, so eifrig nach der Art der Mutter forschen. Wenn wir da nicht immer alles erfahren, was wir gern wissen möchten, so liegt der Grund oft darin, daß das Leben der Frauen in größerer Dunkelheit verläuft als das der Männer.

Glücklicherweise ist dies bei Goethes Mutter nicht der Fall. Erstlich haben wir von ihr selbst eine Reihe von Briefen, die wir zu den wichtigsten Beständen unserer Literatur zählen,^{**)} auch ermangeln wir nicht einer großen Reihe der sichersten Nachrichten über sie. Denn sie hatte eine magnetische Anziehungskraft und kam durch ihren großen Sohn mit vielen der bedeutendsten Männer ihrer Zeit in Berührung. Und von diesen die meisten begünstigten sich nicht, sich bloß ihrer erfrischenden Gesellschaft zu erfreuen; sie gaben ihrer Freude auch solchen Ausdruck, daß wir nach mehr als hundert Jahren sie mitzuempfinden in der Lage sind. So steht ihr reiches Leben in voller Gegenständlichkeit vor uns.^{***)}

^{*)} Es ist eine bekannte biologische Tatsache, daß auch Krankheitsanlagen schlummernd können, bis sie in einer Generation wieder zum Vorschein kommen.

^{**)} Briefe von Goethes Mutter. Mit einer Einleitung: „Christiane und Goethe“ neu herausgegeben von Philipp Stein. Leipzig, Neclam junior. 295 S. Der billige Preis (40 Pfg.) ermöglicht jedermann die Anschaffung. Diese Ausgabe enthält bloß die Briefe der Frau Kat und Wolfgang Goethe, Christiane und August von Goethe, also bloß die Familienbriefe. Wer das Geld hat, möge sich die große, schöne vollständige Ausgabe kaufen: Die Briefe der Frau Kat Goethe. Gesamtwerk und herausgegeben von Albert Köpfer. Leipzig. C. E. Poeschel, 1904. 1. Band. XIX, 291 S. 2. Band. 280 S. Zwei schöne Galsfranzgebände 14 Mark.

^{***)} Goethes Mutter. Ein Lebensbild nach den Quellen von Karl Heinemann. Siebente verbesserte Auflage. Mit vielen Abbildungen in und außer dem Text und vier Holzschnitten. Leipzig. C. A. Seemann, 1903. XII, 358 S. Gebunden 8 Mark.

^{*)} Die Entwicklungsgeschichte des Talents und Genies von Dr. Albert Reimnarr. München. J. F. Lehmann, 1908. 1. Band: Die Züchtung des individuellen Talents und Genies in Familien und Kasten. (Mit drei Karten.) 517 S. 2. Band: Zusätze, historische, genealogische und statistische Belege. 448 S.

Warenhaus GEBR. BARASCH

Donnerstag
Freitag -
Sonnabend

Quartals-Artikel!

Donnerstag
Freitag -
Sonnabend

Gardinenstangen	imitiert nußbaum 58 48 42	32
Portierenstangen	imitiert nußbaum, mit gedrehten Spitzen	44
Portierenstangen	imitiert nußbaum und hell, komplett, mit Ringen, Sitzen und Kugeln 2.45	1.85
Messing-Portierenstangen	komplett 5.95 4.50	2.75
Zugrouleaustangen	komplett, mit Schnur und Quasten, bis 120 cm verstellbar 44	32
Storestangen	komplett, mit Schnur und Quasten, bis 150 cm verstellbar	44
Vitragestangen	ausziehbar Stück 14	6
Gardinen-Rosetten	imitiert nußbaum od. mahagoni Stück 24 18 12	8

Handtuchhalter	imitiert nußbaum 2.45 1.45 1.25 85	44
Paneele	imitiert nußbaum, graviert oder mit Reliefaufgabe 4.25 3.95 2.75 1.65	85
Salontische	imitiert nußbaum, mit gedrehten Füßen 3.45	2.75
Bücher-Etagere	mit gedrehten Säulen 3teilig 3.95 2teilig	2.25
Garderobenhalter	imitiert nußbaum, mit 3, 4, 5 und 6 Haken 65 55 42	29
Garderobenhalter	imitiert nußbaum, gedreht, mit vernickelten Schleifenhaken mit 3, 4, 5 und 6 Haken 1.30 1.10 85	65
Garderobenständer	imitiert nußbaum	7.75
Konsolen	imitiert nußbaum, mit Beschlag 18 24	44

Salontische	imit. nußbaum, 6 eckig, mit Goldgravierung sonstiger Verkaufspreis 6.50 jetzt	3.95
Salontische	imit. nußbaum, mit Fayence-Einlage sonstiger Verkaufspreis 5.85 jetzt	2.95
Schirmständer	imit. nußbaum, mit Fayence-Einlage sonstiger Verkaufspreis 3.85 jetzt	2.65
Schirmständer	imit. nußb., f. d. flache Wand, m. la. Blecheinf. sonst. Verkaufspreis 5.85 jetzt	3.95
Akten- od. Notenständer	eiche gebeizt, auf Rollen, sortierte Farben . 18.50	14.50

Handtuchständer	imitiert nußbaum, gedreht sonstiger Verkaufspreis 5.45 2.95 jetzt	1.95
Bücher-Etagere	imit. nußb., m. gedreht. Säulen u. Goldgravierung sonstiger Verkaufspreis 7.85 jetzt	4.75
Büstenständer	imitiert nußbaum, gedreht sonstiger Verkaufspreis 4.65 jetzt	2.95
Büstenständer	imitiert nußbaum, mit Bronzerosetten sonstiger Verkaufspreis 7.95 jetzt	4.75
Büstenständer	imitiert nußbaum, poliert, mit Reliefbearbeitung sonstiger Verkaufspreis 10.50 jetzt	6.50

Handtuchhalter	eigenartig lackiert 98 85 65	44
Topfrick	eigenartig lackiert, mit vernickelten Haken 1.75 1.25	95
Eierschränke	für 45 Eier 1.15 für 30 Eier 85 für 16 Eier	48
Kausleitern	pro Stufe	48
Obsthorden	beste Aufbewahrung für Winter-Obst	85
Obstschränke	mit blauer Drahtgaze, zum Verschließen 16.50	10.50
Quirl-Garnitur	mit Kugelrolle 1.98	48

Handtuchhalter	Buche, mit Delfeinlage sonstiger Verkaufspreis 1.45 jetzt	98
Gemüse-Etagere	Buche, sonstiger Verkaufspreis 6.85 4.45 3.65 jetzt 4.50 3.65	2.25
Gemüse-Etagere	Eiche sonstiger Verkaufspreis 7.50 jetzt	4.50
Eierschränke	Eiche sonstiger Verkaufspreis 3.75 2.95 2.45 jetzt 2.65 2.25	1.75
Schlüssel- oder Wischtuchleisten	mit Delfi-Einlage sonstiger Verkaufspreis 58 jetzt	38
Schlüssel-Schränke	Eiche sonstiger Verkaufspreis 3.85 jetzt	2.45
Küchenbesteck-Rahmen	Buche, mit Delfi-Einlage, Tranchierbesteck, Brotmesser, Küchenmesser, Messer Stahl und Porzellan sonstiger Verkaufspreis 7.95 jetzt	3.95

Borstenwaren

Scheuerbürsten	29 18	14	Handfeger	98 72	42
Schrubber	28	19	Möbelbürsten	Stück 48	42
Waschbürsten	Burzel	6	Kleiderbürsten	85 44	32
Auftragbürsten	reine Borsten	7	Schrubbürsten	Stück 44	29

Blechwaren

Reibemaschinen	für fein u. grob 1.65 1.45	95	Kaffeemühlen	verschiedenfarb. lad. 98 85	78
Küchenwagen	2.45 1.85	1.45	Briefkasten	eigenart. lad., m. Aufschr. 85 75 44	35
Waschbänke	98 85	44	Volksbadewannen	180 170 cm lang	14.50 12.50
Waschtische	mit verzierter Galerie 4.95 3.50	2.75	Sitzbadewannen	14.50 13.50	7.50

Büsten	imitiert Terrakotta, in künstlerischer Ausführung	35	45	50	60 cm hoch
		95	2.25	2.95	4.75

Büsten	imitiert Terrakotta, mit rundem und ovalem, geschliffenem Spiegel, in modernsten Ausführungen	45	60	65 cm hoch
		5.50	7.50	12.50

Neu
aufgenommen!

Harzer Kanarienvögel

inkl. Bauer
Stück 1.50 gute Sänger 4.50 beste Sänger 6.75 allerbeste Sänger 12.50

Zum Verkauf gelangen nur gesunde Vögel.

Neu
aufgenommen!

Die Eröffnung

des neu organisierten Geschäftshauses findet am

Donnerstag den 17. September 1908

nachmittags 3 Uhr, statt.



Am Eröffnungstage von 3 bis 8 Uhr nachmittags
Eröffnungs-Preise
 in einzelnen Abteilungen!

Raphael Wittkowski

G. m. b. H.

1054

Direktion: M. Borinski.

Möbel, Spiegel und Polsterwaren

Gegründet 1883. reelle Arbeit, empfiehlt Gegründet 1883.
C. Dittmar Tischlermeister Tischlerkrugstraße 25 u. 26.

Als ganz besonders billig
 empfehle ich aus meinem

Gr. Räumungs-Verkauf

einen großen Posten

Herren-Jackett-Anzüge

in modernen Farben und Mustern

Extra-preise 9.50 11.75 14.50 17.25

Sommer-Paletots

elegant Reizeiten

Extra-preise 8.00 11.50 14.00 17.00

Wetter-Pelerinen Arbeiter-Garderobe

Adolph Michaelis

Kaufhaus für Gelegenheitskäufe

Ratswageplatz 1, L.

Dem Leihhaus völlig gegenüber Eingang
 Apfelstraße, erste Tür.



Trauer-Hüte Blusen, Kostümröcke Krepps, Flore usw.

in grösster Auswahl
Lange & Münzer
 51a Breitweg 51a.

Reste

Kleider u. Westen, fertige Leib-,
 Tisch- und Bettwäsche, spottbillig
Gustav Adolf-Str. 29, pt.

Standesamt.

Magdeburg-Altenhof, 15. Septbr.
 Aufgebote: Arbeiter Heinrich
 Sauerberg mit Anna Dombrowsky
 geb. Rehl. Arbeiter Otto Rosen-
 löcher mit Margarete Friedrich.
 Götter Hr. Otto Paul Peters hier
 mit Frida Marie Köhbe in Unnen-
 dorf. Kaffeehändler Ferdinand Herr.
 Gustav Suggert hier mit Elisabeth
 Friederike Anna Schenck in
 Altenhofen. Pianoforte-Techniker
 Otto Zindel hier mit Kartha Franke
 in Altenhofen. Flechtmeister Willi
 Kuhnemann hier mit Anna Emilie
 Eine Schenke in Gommern. Kauf-
 mann Ernst Franz Müller hier
 mit Emma Hulda Fritschneider in
 Gommern. Tischlermeister
 Gustav Suggert hier mit Elisabeth
 Friederike Anna Schenck in
 Altenhofen. Pianoforte-Techniker
 Otto Zindel hier mit Kartha Franke
 in Altenhofen. Flechtmeister Willi
 Kuhnemann hier mit Anna Emilie

Jahn hier. Obermonteur Eugen
 Ferdinand Kramer hier mit Ida
 Alma Helene Klöckner in Kalsdorfe.
 Kaufmann Wilhelm Baranowsky hier
 mit Pauline Knaut in Altendorf.
 Arbeiter Friedrich Karl Frießde hier
 mit Friederike Emma Schenke in
 Holzhaus. Schlosser Gustav Robert
 Hermann Blume hier mit Emma
 Busch in Klein-Öttersleben. Schlosser
 Andreas Karl Friedrich Dube hier
 mit Anna Saalfeld in Klein-Ötters-
 leben.
 Eheschließungen: Maler
 Gustav Kruppe mit Emma Scholz.
 Schlosser Otto Kempe mit Frida
 Sauer. Eisenbahn-Hilfsweichensteller
 Alb. Harste mit Hulda Schulz.
 Stellner Willi Kahn mit Erna Krietsch.
 Geburten: Elisabeth, T. des
 Reisenden Hans Herwig. Margarete,
 T. des Restaurateurs Otto Teuloff.
 Bernhard, S. des Schuhmachers
 Max Köhlig. Maria, T. des Be-
 triebsleiters Karl Henrich. Elisabeth,
 T. des Arbeiters Friedrich Träger.
 Elisabeth, T. des Bureaubeamten
 Max Kuhlmann. Horst, S. des
 Fleischer-Jahabers Willi Schwarz.
 Todesfälle: Luise geb. Weiß-
 müller, Ehefrau des Schuhmacher-
 meisters Louis Kump, 76 J. 10 M.
 15 T. Kullt geb. Krotzner, Ehe-
 frau des Maschinenbauers Emil
 Wolff, 52 J. 7 M. 12 T. Dach-
 decker August Werner, 51 J. 10 M.
 5 Tage. Hausmädchen Ella Linder,
 21 J. 2 M. 17 T. Elli, unehelich,
 4 M. 21 T. Hulda, T. des Leinungs-
 aufsehers Bernhard Miller, 20 J.

Sachsenburg, 15. September.
 Aufgebote: Eisen-Telegraphist
 Karl Heinrich Hermann Burgdorf
 mit Hilve Thiele, Emma Josephine
 Ernestine geb. Karsel.
 Eheschließung: Schlosser
 Walter Schmidt mit Ottilie Gal-
 lowski.
 Geburten: Willi, S. des Arb.
 August Beckh. Elisabeth, T. des
 Arbeiters Otto Steinbach. Margare-
 te, T. des Arbeiters Hermann
 Klein.
 Todesfälle: Lagerist Willi
 Lunde, 29 J. 11 M. 24 T. Wil-
 helm Hermann Prochnow, 24 J.
 8 M. 12 T.

Basen, 15. September.
 Aufgebote: Schlosser Paul
 Söfge mit Elisabeth. Schlosser
 Friedrich Herms mit Anna Engel-
 mann.
 Geburten: Heinrich, S. des
 Jungen Heinrich Eulien. Kartha,
 T. des Schlossers Karl Rebenhan.
 Elisabeth, S. des Eisenbahnarbeiters
 Carl in Sachsenburg mit Carl Andreas

Neustadt, 15. September.
 Aufgebote: Kutsher Willi
 Karl Friedrich Großkopf mit Minna
 Ida Ella Brubenau. Maschinen-
 schlosser Richard Herbst mit Clara
 Emma Kausch. Monteur Ernst
 Arthur Eckhardt mit Berta Marie
 Schröder. Sattler Wilhelm Heinrich
 Johann Schindler mit Emmi Pau-
 line Marie Sarenbe. Konditor
 Wilhelm Bernhard August Göhner
 in Baden (Schweiz) mit Emilie
 Friederike Marie Holzmacher hier.
 Eheschließung: Arbeiter
 Gustav Schweig mit Hulda Seeling.
 Geburten: Fritz, S. des Eisen-
 drehers Wilhelm Brüngezu. Erna,
 T. des Stellmachers Friedrich Deide.
 Harri, S. des Maurers Adolf Maas.
 Kurt, S. des Hausflächters Gustav
 Wötger.
 Todesfälle: Kutsher Willi
 Stadermann, 46 J. 11 M. 4 T.
 Erta, unehel., 1 M. 11 T.

Cracan.
 Geburten: Herbert Robert
 Paul, S. des Arb. Robert Daehne.
 Dora Elli Margarete, T. des Malers
 Willi Rinke. Anneliese, T. des
 Schmieders Oswald Hildebrand.
 Oskar, S. des Strommeisteranwärt.
 Gustav Hoffmann.
 Todesfälle: Inv.-Renten-
 empfänger Martin Heinrich Franz
 Gume, 67 J. 3 M. 14 T. Friederike
 Henriette Anna Junst in Prester,
 1 J. 11 M. 23 T. Oskar, S. des
 Strommeisteranwärt. Gustav Hoff-
 mann, 29 St. Ehefrau Luise Meier
 geb. Böhrt aus Neuhaus-Weigau,
 30 J. 15 T.

Weserhüfen.
 Aufgebote: Bizefeldw. Gustav
 Adolf Robert Jänede in Magdeburg
 mit Frida Wilhelmine Latorf hier.
 Geburten: Kurt Max Karl,
 S. des Drehers Max Möhring.
 Willi Ernst, S. des Arb. Emil Freige.
 Todesfälle: Ehefrau Erna, T. des
 Arb. Paul Grünwald, 15 T.

Salzke.
 Vom 1. bis 16. September.
 Aufgebote: Glasmacher Carl
 Willi Gustav Reich in Weserhüfen
 mit Hedwig Frida Krähne hier. Ju-
 schläger Friedr. Heimr. Joseph Paul
 Schmidt mit Berta Emma Wulffstein.
 Modellstecher Willi Gustav Müller
 mit Martha Luise Hartwig. Kauf-
 mann August Hermann Maas hier
 mit Anna Hedwig Emma Reubler
 in Staffurt. Kranführer Franz
 Hermann Kugel hier mit Dorothee
 Emma Bente in Prester. Eisen-
 Weichensteller Andr. Friedr. König-
 heit hier mit Karoline Jung geb.
 Gzarucki in Magdeburg.

Eheschließungen: Forme-
 reiner August Wilhelm Rute mit
 Margarete Elise Brandt. Schlosser
 Franz Karl Wilh. Garde in Magde-
 burg-Neustadt mit Alma Homann
 hier.
Geburten: Elisabeth Luise
 Minna, T. des Modellstichlers Karl
 Koch. Karl Friedrich Franz, S. des
 Stellschmieds Friedr. Blüch. Otto
 Karl, S. des Arb. Karl Metzger.
 Edith Elise, T. des Stellmachers Fritz
 Müller. Charlotte Ida Elise, T. des
 Fleischer's Herrn. Kühnemund. Irma
 Margarete, T. des Schlossers Andr.
 Krause.
Todesfälle: Tischlermeister
 Friedr. Knust, 45 J. 7 M. 16 T.
 Ida geb. Rose, Ehefrau des Malers
 Hermann Bogenscheider, 29 J. 4 M.
 6 T. Martha Anna, T. unehelich,
 1 M. 12 T. Wötgermeister Gustav
 Schusdzara, 62 J. 7 M. 3 T.

Weserhüfen.
Aufgebote: Schachtarbeiter
 Otto Heidenreich mit Minna Heibel.
 Fleischer Heinrich Brachvogel mit
 Ida Rauch.
Geburten: S. des Hilfs-
 breimers Carl Holldorf. S. des
 Formers Franz Schröder. T. des
 Chauffeurwärters Wilhelm Langer-
 mann. T. des Arbeiters Max Heise.
 T. des Bohrens August Bauer. T. des
 Arbeiters August Rehe. T. des
 Kaufmanns Louis Böhlig.
Todesfälle: Invalide Joseph
 Schröder, 74 J. 9 M. 5 T. Elise,
 T. des Arbeiters Paul Sauer, 3 M.
 12 T. Gertrud, T. des Bohrens
 Otto Spiegel, 1 T. Ehefrau
 Friederike Fischer geb. Strauch, 41 J.
 5 M. 19 T. Kurt, S. des Arb.
 Gustav Herzog, 2 M. 7 T.

Durg, 15. September.
Aufgebote: Landwirtschafflicher
 Arbeiter Hermann Otto Raue mit
 Anna Sophie Wagener.
Geburten: S. des Landwirts
 Hermann Stadtmeyer. T. des Ar-
 beiters Adolf Schalla. T. des
 Drechlermeisters Gustav Wille.
Todesfälle: Maler Christian
 Schrader, 68 J. Witwe des Land-
 wirts Christian Kiebe, Marie
 Juliane geb. Ludwig, 83 J. Witwe
 des Arb. Andreas Joppi, Amalie
 geb. Rowald, 75 J.

Staffurt.
Aufgebote: Kaufmann Karl
 Conrad in Berlin mit Luise Stadt-
 mann hier.
Geburten: T. des Bergarb.
 August Dießing. T. des Fleis-
 chmieds Emil Walter. S. unehel.
 S. unehel.

Den Vorsitz führte diesmal das bekannte Parlamentsmitglied (Arbeiterpartei) Chadleton. Er behandelte in seiner Eröffnungsrede das Schanzgesetz, von dem er annahm, daß es bei den Wahlen auf Widerstand stoßen werde, die Unterrichtsfrage, die Alterspension usw. Am Schluß seiner Rede kam er auf das Verhältnis Englands zu Deutschland zu sprechen. Er wendete sich gegen die Panikstifter diesseits und jenseits des Kanals. Leider hätten auch diese Unterredungen bei einigen bekannten Vertrauenswürdigem, aber in diesem Falle irreführenden Freunden des Sozialismus gefunden. Durch die internationalen Kooperationsgenossenschaften, durch die Gewerkschaften und besonders die internationalen Kongresse werde der Völkervertrieb am meisten befestigt. Die Meinung, als ob der Krieg das alleinige Mittel der Auseinandersetzung zwischen den Nationen bilden könne, verliere immer mehr an Boden. Die Rede des Präsidenten wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Die Zahl der Delegierten, unter denen sich 7 Frauen befinden, beträgt 510, die zusammen 1780 000 Mitglieder vertreten. Einer der ersten Gegenstände, die zur Verhandlung kommen, ist die Gründung einer Tageszeitung für die Arbeiterklasse. Nach dem Projekt eines hierzu gewählten Komitees soll eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung gegründet werden mit einem Kapital von 2 Millionen Mark. Das Blatt soll 1/2 Penny (Abonnement) auf Zeitungen sind in England nicht üblich) abgegeben werden und täglich acht Seiten umfassen. Als Titel ist in Aussicht genommen „The Morning Herald“. Bezeichnenderweise gab es über diesen Punkt fast gar keine Diskussion. Das Gründungskapital von 2 Millionen Mark müßten natürlich die Gewerkschaften aufbringen. Das wäre zwar nach dem Stand ihrer Kassen kein allzu großes Opfer, aber das Gros der englischen Arbeiter ist von der Notwendigkeit einer eignen, nur ihre Interessen betreffenden Presse noch nicht voll auf durchdrungen. Man ließ die Sache fallen, aber das Komitee wurde beauftragt, die Sache im Auge zu behalten, und man wird auch mit Hilfe des Registeramts dafür sorgen, daß die Gewerkschaften sich ohne Gefahr an einem solchen Unternehmen beteiligen können.

Seddon brachte eine Resolution ein, in der die Vergütung von Zeit und Geld bedauert wird, welche durch die Abhaltung drei verschiedener Arbeiterkongresse entsteht. Das Komitee sollte den Auftrag erhalten, mit der Arbeiterpartei und mit der allgemeinen Föderation der Gewerkschaften in Verbindung zu treten jenseits Verschmelzung dieser drei Kongresse. Dieser Antrag aber wurde abgelehnt.

Die Heilsarmee war auf dem vorigen Kongreß bezeugt worden, daß sie in ihren Trichterwerkstätten in Spitalfields nach dem Schwibsystem arbeiten lasse. Dieser Vorwurf wurde aufrecht erhalten; es wurde von verschiedenen Rednern betont, daß die Heilsarmee nicht bloß dort, sondern auch in andern Verufen durch Bieferung von Arbeiten, die bei niedrigen Löhnen hergestellt sind, die Gewerkschaftslöhne herabgedrückt. Das Parlamentarische Komitee wurde beauftragt, eine nochmalige Untersuchung anzustellen.

Die Frage des Streikbruchs englischer Arbeiter brachten Sexton (Liverpool Dockers) und Gabelock Wilson zur Sprache. „Der britische Trade-Unionismus ist entehrt worden. Wo immer am Kontinent ein Streik ausbricht, blicken die Arbeiter besorgt nach England, jetzt der beste Rekrutierungsboden für „Bladlegs“. Sexton fordert den Kongreß auf, sein tiefstes Bedauern darüber auszusprechen und vom Parlament die Ausdehnung des Verbotgesetzes, wonach das Anwerben von Engländern für fremde Seere verboden ist, verlangt. Der Kongreß stimmt diesem zu.

Genderson behandelte das Verhältnis zwischen Arbeiterpartei und Trade-Unions. Die bürgerlichen Parteien und deren Presse in England beginnen nach demselben Rezept zu verfahren, wie ihre Vettern in Deutschland. Sie reden den Gewerkschaften vor, daß sie sich ganz in den Händen der Sozialisten befinden, daß dies gefährlich für sie werden könne usw. Genderson betonte demgegenüber, daß dieser Versuch, die beiden Flügel der Arbeiterbewegung auseinanderzureißen, nicht gelingen werde, denn beide überzeugten sich immer mehr, daß sie zusammen gehören.

Wie ein roter Faden zieht sich durch den ganzen diesjährigen Kongreß das Problem der Arbeitslosigkeit und die Unterdrückung der Arbeitslosen durch Staatshilfe. Bei jedem Punkte der Tagesordnung kommt diese Frage immer mehr zum Durchbruch. Chadleton erklärte sich durch den Minister Gladstone autorisiert, dem Kongreß mitzuteilen, daß demnächst eine Kommission eingesetzt werden würde, um diese Frage zu studieren. Die Diskussion über diesen Punkt wurde fortgesetzt, und dabei spielten auch die Vorkommnisse in Glasgow eine Rolle. Die Art dieser Diskussion und die gefassten Beschlüsse sind recht bezeichnend für die gegenwärtige Stimmung in den Kreisen der englischen Arbeiterschaft. Die gegenwärtige sehr schwere Krisis scharf ihren revolutionären Sinn. Pete Curran betonte, daß die Arbeitervertreter im Parlament keine Schuld treffen, wenn es zu Unruhen komme. Bei jeder Gelegenheit sei die Regierung auf die Notwendigkeit hingewiesen, das Problem der Arbeitslosenunterstützung endlich zu lösen. In 7 Minuten habe das Parlament 600 Millionen für Armee und Flotte bewilligt, um eine nach seiner Meinung imaginäre Invasion zu verhindern. Dem Genossen Thorne geht der Anspruch auf das „Recht auf Arbeit“ nicht weit genug; das sei lediglich ein Palliativmittel. Das Problem werde nicht eher gelöst sein, als bis die Arbeiter die Kontrolle über die gesamten Produktionsmittel haben. Griddle (Schuhmacher, Northampton) unterbreitete eine Resolution, in der es heißt, daß der Kongreß solche Vorkommnisse wie in Glasgow willkommen heißt, weil sie geeignet seien, die besitzenden Klassen mit Furcht zu erfüllen. Im andern Teile wendet sie sich gegen die Arbeiterabgeordneten, die im Parlament vielfach einen zu großen Wert darauf legen, als „respektabel“ zu gelten.

Soziales.

Eine unerwünschte Wirkung des Kinderzuschlaggesetzes. Schon vor dem Erlaß des Kinderzuschlaggesetzes äußerten die Freunde eines ausgedehnten Jugendschutzes die Befürchtung, daß die geplanten und dann auch gesetzlich festgelegten Vorschriften über die Beschäftigung eigener Kinder im Dienste dritter Personen eine Abwanderung der erwerbsfähigen Kinder aus der Werkstatt des Arbeitgebers in die nicht selten jedenfalls weit weniger geeigneten Räume des Elternhauses veranlassen würden. Das scheint nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten denn auch bereits in einem ziemlich großen Umfang eingetreten zu sein. Was davon zu halten ist, das spricht die Aufsichtsbeamten für den Gewerbeaufsichtsbezirk Chemnitz in folgenden durchaus zutreffenden Worten aus: „Bezüglich der Beschäftigung fremder Kinder war vielfach zu beobachten, daß die Arbeitgeber die Kinderarbeit in der eignen Werkstatt nicht einschränken und in Hausarbeit umwandeln, die an Kinder ausgegeben wird, eine Erleichterung, die durchaus nicht zu begrüßen ist. Denn wenn die Kinder in der Wohnung ihrer Eltern arbeiten, so dürfen sie nicht nur bedeutend länger beschäftigt werden als beim Arbeitgeber, sondern es findet dadurch eine nicht erwünschte Vermehrung der Kinderarbeit statt, daß in der Regel die jüngeren Geschwister zur Beihilfe herangezogen werden.“ Vielleicht gibt diese Erscheinung, die sich ja keineswegs auf den Bezirk Chemnitz beschränkt, den Anstoß zu der oft geforderten Verschärfung des Tempus im Ausbau von Bestimmungen zu einer durchgreifenden Eindämmung der Heimarbeit. Vielleicht!

Kleine Chronik.

Das zerstückelte Dienstmädchen.

Die Untersuchung über den rätselhaften Tod des Dienstmädchens Emma Heine in Leipzig, dessen Rumpf in der Pleiße gefunden wurde, hat zu einer neuen Beschaffung geführt. Die Polizei verhaftete

in Altenburg den Tischler Robert Lohmann, dessen Frau schon seit Monaten in Untersuchungshaft sitzt, unter dem dringenden Verdacht der Mittäterschaft an dem Tode der Emma Heine.

Bereit in den Tod.

Am Elbufer unterhalb von Blasewitz bei Dresden wurden zwei zusammengebundene Leichen, anscheinend ein Liebespaar, angehängt. Man fand nur 2 Pfennig und einige Schüsseln in ihren Taschen. In den Toten wurden die 18 Jahre alte Maschinenfremderin Aurora Hertel und der 20 Jahre alte Handlungsgehilfe Irno Dietrich, beide aus Dresden, festgestellt. Dietrich, der in einem Dresdener Geschäft angestellt war, hatte sich angeblich Unterschlagungen zuschulden kommen lassen.

Bergiftetes Leitungswasser.

Eine eigenartige Trinkwasserfälschung ist in Elberfeld entstanden. Laut Bekanntmachung des Oberbürgermeisters ist durch ein Versehen der Chemischen Fabrik Wülffing, Dahl u. Co. Nitrobenzol in einen großen Teil der städtischen Wasserleitung gedrungen und hat das Wasser giftig und ungenießbar gemacht, so daß vor dem Genuß des Wassers in rohem, ungekochtem Zustande gewarnt wird. Die Wasserwerkleitung der betroffenen Stadtteile geschieht möglichst durch Sprengwagen. Mehrere Personen sollen, wie ein Gerücht besagt, bereits nach dem Genuß des vergifteten Leitungswassers erkrankt sein.

Ein Kampf mit Freisinnigen.

Zu aufregenden Szenen kam es in einem Eisenbahnwaggon auf der Fahrt von Nürnberg nach Hof und auf der Station Gelsenbände. Ein Kunstmalers aus Hof und seine Schwester, die sich auf der Heimreise von der Sommerfrische befanden, fielen plötzlich in Toben aus. Die Mitreisenden zogen die Notbremse; aber als nach dem Halten des Wagens das Juppersonal hinzukam, schwang sich die Schwester des Kunstmalers durch das Fenster auf das Verdeck des Wagens. Während ihr Bruder im Abteil weiter tobte. Endlich gelang es die wie wild um sich schlagende Dame vom Verdeck zu holen und wieder in den Wagen zu bringen, so daß der Zug die Fahrt fortsetzen konnte. Nach der Ankunft auf Station Gelsenbände sprangen die Wahnsinnigen aus dem Zuge und liefen auf den Güterboden, wo sie, ehe es die Beamten verhindern konnten, in die im Obergeschloß gelegene Wohnung des Bahnhofsverwalters Wälchow drangen, die Tür hinter sich verschlossen und den Schlüssel zu sich hielten. Hier stürzten sie sich unter lauten Verwünschungen und Drohungen auf die im Bett liegenden Bewohner, rissen ein etwa zwölf Monate altes Kind aus der Wiege, schrien fortwährend: „Ich seid alle dem Tode verfallen“, fielen über die Ehefrau her und schlugen sie zu Boden. Es entspann sich dann in dem Schlafzimmer zwischen den Fremden und den Bewohnern ein verzweifelter Kampf, bei dem ein Teil der Einrichtung in Trümmer ging. Auf die Hilferufe der bedröhten Familie eilten schließlich mehrere Beamte herbei, die das Geschwisterpaar nach heftiger Gegenwehr überwältigten. Die Wahnsinnigen, die inzwischen gefesselt waren, wurden in sicherer Bedeckung zunächst nach Hof und gebracht, von wo später ihre Ueberweisung in die Heilanstalt Gelsheim erfolgte.

Schweres Explosionsunglück.

Aus Aachen wird berichtet: Auf der an der holländischen Grenze bei Heerlen gelegenen Grube Laura sind am Dienstag morgen gegen 8 Uhr der Hauptkessel und drei kleinere Kessel explodiert. Es gelang den dort beschäftigten Arbeitern nicht mehr, sich zu retten. Fünf Arbeiter wurden auf der Stelle getötet, 16 Personen verletzt, vier davon so schwer, daß ihr Verbleiben jeden Augenblick zu erwarten steht. Das gesamte Gebäude liegt in Trümmern. Eine Person wird noch vermißt; es gilt als sicher, daß auch sie getötet ist. Die Leichen der Verstorbenen sind fürchtbar verstümmelt. Wie gewaltig die Kraft der Explosion war, geht daraus hervor, daß sich Teile der explodierten Kessel im Garten des Direktors tief in die Erde gruben und 500 Meter weit flogen. Ein Kessel wurde 100 Meter weit in ein Holzlager geschleudert. Das Wasser in der untersten Sohle steht bereits mehrere Meter hoch und steigt beständig. Etwa 700 Arbeiter sind zurzeit ohne Arbeit und beteiligen sich an den Rettungsarbeiten.

Ein schrecklicher Tod.

Der Kopf abgerissen wurde einem Landwirt in Begiesdorf, der beim Einlegen des Getreides mit dem Vorderarm in die Trommel der Dreifachmaschine geriet. Der Arm wurde nicht, wie es gewöhnlich bei ähnlichen Unglücksfällen der Fall ist, ausgerissen, sondern Oberarm und Kopf wurden ebenfalls in die Maschine gezogen. Der Mann hatte sich morgens vor dem Eintritt der Arbeit unapfänglich gefühlt, aber doch die Arbeit nicht veräumen wollen.

Dauerfahrt des Parjebal.

Am Dienstag morgen um 8 1/2 Uhr stieg der Parjebal-Ballon der Motorluftschiffbau-Gesellschaft von Tegeler Schießplatz zu einer Dauerfahrt auf. In der Gondel saßen Hauptmann von Kehler, Oberingenieur Pasenach und Hauptmann Georgi von Luftschiffbataillon, während der Erbauer des Ballons, Major von Parjebal, und Oberleutnant Schmiedede vom Kriegsministerium den Aufstieg von unten aus beobachteten. Außerdem wohnte eine große Anzahl von Generalstabsoffizieren dem Aufstieg bei. Der Parjebal-Ballon kämpfte gegen den aus Südwest kommenden, 8 Sekundenmeter starken Wind an, manövrierte einige Minuten über dem Tegeler Schießplatz und entschwand dann in der Richtung nach Nauen. Der Ballon hat auf seiner Reise eine ganz ähnliche Route wie der Militärballon auf seiner großen Fahrt in der Nacht zum Sonnabend eingeschlagen und in der Gegend von Magdeburg zur Heimreise gewendet. Nach einem Flug von fast 1 1/2 Stunden Dauer ist das Luftschiff abends kurz nach 7 Uhr wieder auf dem Tegeler Schießplatz gelandet und hat damit eine der Bedingungen, die an seine Uebernahme durch die Militärbehörden geknüpft waren, in glänzender Weise erfüllt, indem er um 1 1/2 Stunden länger in der Luft blieb. Als weitere Abnahmepflichten bleiben nur noch eine Hochfahrt bis zu 1200 Meter und Füllung des auf Fahrzeugen nach einem Orte auswärts zu befördernden Ballons übrig. Der Weg des Luftschiffes ging in ununterbrochener, tabelloser Fahrt ohne Verjagen irgendeines Teiles oder irgendwelcher Abstellungen nach Spandau, längs der Berlin-Magdeburger Eisenbahn bis Genthlin, hierauf über die Elbe in der Richtung Wolmirstedt, dann über die Elbe über Burg, Lehmin, Potsdam, Grunewald nach dem Ausgangspunkt zurück. Die Fahrt kann in jeder Beziehung als sehr gut gelungen bezeichnet werden. Das Luftschiff war ganz in der Hand des Führers, der es bei den starken auf und ab steigenden Luftströmungen, um tiefen aus dem Wege zu gehen, rein dynamisch, ohne irgendwelches Ausweichen von Ballast in andre Höhenlagen steuern konnte, so daß es sich immer in der gewöhnlichen Höhe befand. Da von vornherein eine Dauerfahrt vorgesehen war, so wurde die ganze Kraft des Daimlermotors während der Fahrt, die sich im allgemeinen in Höhen zwischen 200 und 300 Meter, auf der Rückfahrt einige Zeit bis zu 600 Meter, hielt, etwa zur Erzielung besserer Geschwindigkeiten nicht ausgenutzt. Als das Luftschiff unter lautem Hurra des zahlreich erschienenen Publikums tabellos landete und von Mannschaften in die Halle gebracht wurde, war der Benzolvorrat noch nicht bis zu Ende aufgebraucht. — Es soll übrigens die Absicht bestanden haben, die Fahrt bis nach Magdeburg auszuwehnen. Das Gerücht hatte sich bald in unserer Stadt verbreitet, und auf allen freien Plätzen fanden zahlreich Menschen, die auf das Erscheinen des Luftschiffes warteten — leider vergeblich.

Drei neue Fahrten des Militärluftschiffes.

Auch das Militärluftschiff unternahm am Dienstag wieder drei gelungene Fahrten, von denen die erste um 9 Uhr 20 Minuten begann. An ihr nahmen der Kriegsminister v. Einem mit seinem Adjutanten Major v. Hoffe, der Chef der Reichstruppen, Generalleutnant v. Dwyer, Major Sperling, Leutnant Richter, Oberingenieur Pasenach und Wertmeister Köbes teil. Das Luftschiff, das mit beträchtlicher Geschwindigkeit gegen den Wind anfuhr, ließ allmählich zu einer Höhe von 250 Metern an und nahm seine Fahrtrichtung südlich von Spandau nach Döberitz zu. Das Luftschiff umkreiste sodann den Döberitzer Übungsplatz mehreremal und flogerte darauf die Döberitzer

Heerstraße entlang bis zum Tiergarten, um über das Brandenburger Tor hinweg bis zum Igl. Schloß zu fahren. Darauf kehrte es in nordwestlicher Richtung, nachdem es eine Höhe von 350 Metern zeitweilig erreicht hatte, nach 2 1/2 stündiger Fahrt zum Schießplatz zurück, wo es in Spiralen dynamisch glatt landete. Ein zweiter Aufstieg mit dem Militärballon fand dann um 12 1/2 Uhr statt; er bestand in einer längeren Kreuzfahrt über dem Schießplatz und der Jungfernhöhe. Um 2 Uhr 50 Minuten unternahm das Militärluftschiff eine dritte Fahrt zur Ausbildung der Offiziere. Nicht weniger als neun Personen hatten, trotzdem die Gasfüllung bereits 6 Wochen alt ist, diesmal die Gondel des Luftschiffes bestiegen, das sich bei südwestlichem Wind alsbald nach Westen wendete. Die Fahrt ging über Spandau nach Potsdam und dessen Nachbarküste, um nach 3 stündiger Fahrt gegen 6 Uhr auf dem Tegeler Schießplatz ihr Ende zu finden. Das Luftschiff ging in schönen Wendungen bis auf 30 Meter allmählich zur Erde hinab und wurde dann mit Hilfe des Schlepptaus abgesehen.

Wie der Wrightsche Flugapparat aussieht.

Die Brüder Wright, deren einer, Orville, in den letzten Tagen durch seine großartigen Leistungen mit der Flugmaschine allgemeines Aufsehen erregte, bauten eine ganze Anzahl von Flugapparaten, die stete Verbesserungen aufwiesen, bis die Erfolge der jüngsten Zeit erzielt wurden. Ursprünglich benutzten sie im Herbst 1905 einen Drachenflieger, der einen 12 Meter langen Rahmen aus Kärchenholz besaß. Dieser wurde mit Muskelein überpannt und durch einen 108 Kilogramm schweren Motor eines Automobils in Betrieb gesetzt. Heute hat man viel leichtere Explosionsmotoren, die ebenfalls so stark sind wie die früheren Drachten Kraftmaschinen. Dieser alte Flugapparat der Brüder Wright wog mehr als 400 Kilogramm. Zu diesem Gewicht kamen aber noch 64 Kilogramm des Fliegenden und ein Ballast von 23 Kilogramm, der auf den Vorderteil des Apparats gelegt werden mußte, um den horizontal mit dem Gesicht nach abwärts liegenden Luftschiff im Gleichgewicht zu erhalten. Demals schon gelang es den Brüdern Wright, Flügel mit einer Schnelligkeit bis zu 60 Kilometern in der Stunde zu erzielen, einer Geschwindigkeit, die der bei ihren jüngsten Flügen erreichten gleichkommt. Aber sie stiegen damals nicht höher als bis 15 Meter auf, heute aber bis zu 50 Meter hoch, und auch ihre Dauerflüge sind nun weit ausgedehnter als ehemals. Immerhin war es für die ersten Versuche der Wrights ganz respektabel, daß sie 40 Kilometer weit zu fliegen vermochten. Anfangs mußte der Fliegende auf der Wrightschen Flugmaschine horizontal mit dem Gesicht nach abwärts liegen, während er bei dem neuen Modell in der Mitte der unteren Fläche sitzt. Der Apparat wird jetzt von einem Motor von 30 Pferdekraften betrieben, der es ermöglicht, eine Schnelligkeit bis zu 80 Kilometer in der Stunde zu erreichen. Früher besaß der Motor nur 15 Pferdekraft. Die Konstruktion dieses Drachenfliegers ist ziemlich einfach; ein leichtes Gestell, das vorn zwei Tragflächen hat, die vieredig sind und zusammen etwa fünfmal so lang erscheinen, als die Schmalseite ausweist. An jeder Vorderseite eines solchen „Flügels“ befindet sich eine Schraube, die sich in entgegengesetzter Richtung zur andern bewegt und durch die vom Motor ausgehenden Ueberhebungen betrieben wird. Durch die Dirigierung des Seitenruders werden gleichzeitig auch die „Flügel“ vertikal und bei Wendungen in der Flugrichtung einseitig gesenkt. In der Mitte, wo beide Tragflächen zusammenstoßen, sind sie an Gelenken befestigt, um den Bewegungen der Lenkvorrichtung folgen zu können. Gegenüber andern Flugapparaten hat der Wrightsche den Nachteil, daß er für das Abfliegen ein fahrbares Gefährt benötigt, das am Abflugort zurückbleibt. An andern Orten kann er ohne dieses und ohne die Flugvorrichtung nicht aufsteigen.

Die Hofkutschin des Sultans Abd ul Afis.

Ueber die Wittschaft am Hofe des Sultans Abd ul Afis, der Klaviere und Automobile nur zu Duzenden, Fahrräder nur zu 100 Stück kaufte, wird manches erbauliche Gistbüchchen erzählt. Von einem „Kenner der Verhältnisse“ läßt sich die „Wiener Allgemeine Zeitung“ nun folgende treffliche Geschichte erzählen. Als Abd ul Afis eines schönen Tages seine Schatzkammer — die Europäer nannten sie despektierlich einen Landelmarkt — musterte, fiel ihm ein, daß er für seine Haremsdamen keine ihrer Würde angemessene Kutschen habe. Sofort gab er den Auftrag, für seinen Harem Wagen zu besorgen, damit die Damen spazieren fahren könnten. Wo bekommt man die schönsten Wagen? Natürlich in Paris, der Hauptstadt der Welt. Sofort erging also nach Paris Order, der Harem angulaulen. Dem Pariser Geschäftsvertreter des Sultans machte das nicht viel Kopfschmerzen. Elegante, moderne Kutschen nach Marokko zu schicken, fiel ihm natürlich nicht im Traume ein. Wozu auch? Erstens sind diese für marokkanische Straßen wirklich nicht geschaffen, und zweitens verdient man nicht genug daran. Also ging der Agent hin und kaufte — vier ausrangierte Omnibusse der Pariser Omnibusgesellschaft. Sie wurden an den marokkanischen Hof geschickt und erregten das Entzücken der Haremssdamen, die nun stolz in den alten Omnibussen durch die Straßen der Hauptstadt klapperten. Noch mehr entzückt als sie waren aber die dort ansässigen Karrier, als sie auf den kaiserlich marokkanischen Haremskutschen die Aufschrift lasen: „Elych-Batignolles-Odeon“. Man hatte nämlich versehen, die Richtungs tafeln von den Omnibussen zu entfernen.

Die Cholera in Petersburg.

Die am Dienstag abend veröffentlichten Meldungen zeigen ein schnelles Wachstum der Cholera-Epidemie in Petersburg. Von Montag mittags bis Dienstag mittags sind an der Cholera 240 Personen erkrankt und sechzig gestorben. Die Gesamtzahl der Choleraerkrankten beträgt 515.

Vereins-Kalender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden statt Sonnabend den 19. d. M., abends 8 1/2 Uhr: Bezirk Groß-Döberitz im Lokale der Witwe Strumpf; Bezirk Salbke im Lokale von A. Bartels; Bezirk Wilhelmstadt im oberen Saale des „Luisenpark“ — Sonntag den 20. d. M., nachmittags 1/4 Uhr: Bezirk Dahlenwarsleben in Ebdorf im Lokale von Klein in Ebdorf. Siehe auch Inerakt morgen. In dieser Woche ist das Feld 118 im Sterbe anhang zu leben. Die Verwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden statt am Sonnabend den 19. September, abends 8 Uhr: Bezirk Neue Renstadt bei Paul Küster, Fabrikstraße 5/6; Bezirk Sudeburg bei Albert Naumann, St.-Michaelstraße 16. Die Versammlung des Bezirks Ottersleben findet am Sonntag den 20. September, nachm. 3 1/2 Uhr, bei Strumpf statt. **Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblichen Arbeiter, Filiale Magdeburg.** Sonntag abend den 19. September, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung in der „Burgallee“, Tischlerstr. 370.

Neue Renstädter Arbeiter-Gesangsverein. Uebungsstunde: Am Mittwoch Männerchor, am Donnerstag Damenchor im „Weißen Fuch“, Friedrichsplatz.

Schnebeck. Kimmerey! Donnerstag den 17. September, abends 8 Uhr, außerordentliche Mitglieder-Versammlung bei Haack, Breitenweg 57. Der Vorstand.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Unter dieser Rubrik findet die Seite 50 des

Neubericht. Duisburg. Der Große Preis von Niederrhein, ein Stundenrennen in drei Rufen hinter Motorradmaschinen, wurde am letzten Sonntag zum Austrag gebracht. Der bekannte holländische Meisterfahrer und Gewinner des letzten Neuporters 6 Tage-Rennens, John Stof, gewann den ersten Preis auf seinem vorzüglichen Brennabor-Rade. 910

Die Mode bevorzugt

Jackenkleider



Wir bringen
Jacken-Kleider
in enormer Auswahl
aus modernen
Diagonal- und Tuchstoffen
englisch melierten und gestreiften
Stoffen in allen Größen, auch
:: für extra starke Figuren ::

Extra billiges Angebot!
Diagonal-Kostüm 39 Mk.
in neuester Stoffart,
lange Jackenform, in allen
Farben

Extra billiges Angebot!
Tuch-Kostüm 45 Mk.
in bewährter Qualität,
längere Jackenform, in
allen Farben, auf Seide

GLASS & Co.

Breiteweg 193/194.

Sofas u. Matratzen
in bester Ausführung und nur aus
prima Material fertigt an
Philipp Techow
Sattler und Tapezier 394
Sudenburg, Rottendorfer Str.



Raucht
Eckstein-
Zigaretten!
In Zigarrenhandlungen
zu haben!

Reell gearbeitete
Wohnungs-
Einrichtungen
kaufen Sie sehr billig bei
C. Lautenbach
Tischlermeister, Georgenstr. 4.

Möbeltransport
für Stadt und Land per Bahn ohne
Umladung empfiehlt 739
Wilhelm Eigenwillig jun.
Sudenburg, Schöninger Str. 3.
Persönliche Ausführung.

150 Pferde. 200 Personen.
Zirkus M. Schumann
Zirkusgebäude **Magdeburg** Königstraße
Königstraße
Vornehmstes u. elegant. Unternehmern der Gegenwart.
Glänzendes, konkurrenzlos haltendes Pferdmaterial.

Donnersta den 17. September cr., abends 8 1/2 Uhr
Große Gala-Eröffnungs-Vorstellung
mit einem in Magdeburg noch nicht geseheneu Riesen-Weltstadlprogramm

Besonders hervorzuheben:
Direktor M. Schumann
mit seinen von der gesamten in- und ausländischen
Presse als einzig dastehend bezeichneten
Freiheits- und Schuldressuren.
Les 3 French Merveilleux Cyclistes (2 Herren, 1 Dame).
Wohl! Die einzige Dame, welche den wirklich gefährlichen Akro-
wärtis-Salto mortale mit dem Zweirad ausführt.

Mr. Madagan Saltmorale-Reiter.
Frl. Amanda vorzügliche Ohnesattel-Reiterin.

Nur 10 tägiges Gastspiel.
Zum erstenmal in Magdeburg. Die größte Sen-
sation des 20. Jahrhunderts!
? Miß Lucie Volta ?
?? das elektrische Rätsel ??
Die Sensation des Tages, die Unüberwindliche, die gegen
den elektrischen Strom gefeite junge Dame, die in noch nie
gesehenen Experimenten auftritt, sich bald als glühende Kugel,
bald als elektrischer Kieselstein repräsentiert, läßt durch ihren
Körper 500 000 Volt elektrischer Strom, zündet mit den
Fingerpitzen Stacheln, Papier usw. zur Flamme und bringt
noch nie gesehene Tricks zur Schau. Kommen, sehen, staunen!

genannt die „Könige der Luft“
The 3 Newmens 8 faches Luftred.
Die Hwerq-Anaite
Frl. Margit, Voltigeuse Sicard und Pips.
Herr Courtault u. Frl. Siesack Großer Sport-Virt
zu Pferde.
Trio Richardinis Mr. Serboni
Hand- und Kopf-Äquilibristen. Tischertessen-Reiter.

Alrobaten und itarische Spiele
(6 Herren und 2 Damen).
The Jacopi-Family
Doppel-Jockey-Akt, aus-
geführt von Herren Ernesto und
William. Das musikalische Pferd, Drei-
ginaldressur von Herrn Willi
Schumann jun.

Ohne Konkurrenz! Einzig dastehend! Ohne Konkurrenz!
Herr Ernst Schumann jun. mit seiner englischen Vollblutpauze
„Adrea“. Eine gleiche, oder auch nur
annähernd ähnliche Schule wurde in Magdeburg noch nie gezeigt.
RAPPO und READE die besten Clowns
der Gegenwart.
Metzoni, der Dummste aller Dummten als Jockey (Parodie).
Großes Ballett-Divertissement bestehend aus 40 jungen
hüblichen Tänzerinnen.
Das Programm jeder Vorstellung besteht aus 18 der besten
Nummern des Repertoires und wechselt täglich.

Sonntags und Mittwochs
2!! große Vorstellungen!! 2
nachmittags 4 Uhr und abends 8 1/2 Uhr
Das Programm der Nachmittags-Vorstellung ist ebenso reich-
haltig wie das der Abends-Vorstellung. Kinder unter 12 Jahren
zahlen nachmittags halbe Preise auf allen Plätzen.
Preise der Plätze inkl. Billetsteuer: Loge (numeriert) 3.10 Mk.
Sperrij (numeriert) 2.10 Mk., Tribüne (numeriert) 2.10 Mk.
1. Platz 1.55 Mk., 2. Platz 1.05 Mk., Galerie 55 Pf.

Das Zirkusbureau ist geöffnet von 11 bis 1 Uhr und von 6 Uhr
an ununterbrochen, an Tagen mit 2 Vorstellungen von 11 Uhr
an ununterbrochen. Karten-Vorverkauf für
alle Plätze bis abends 6 Uhr im Zigarrengeschäft von C. Jacobs,
Ulrichsbogen. — Telefon im Zirkus: Nr. 3231.
Der Zutritt zu meinen hochinteressanten Proben, welche
vormittags von 10 bis 12 Uhr (außer Mittwochs und Sonntags)
stattfinden, ist gegen ein Eintrittsgeld von 50 Pf. für Erwachsene
und 25 Pf. für Kinder gestattet. Vorzügl. Restauration im Zirkus.
Hochachtung
M. Schumann, Direktor und Eigentümer, Ritter 10.

Kartoffeln 410
10 Pfd. 25 Pf., Rentner 2.25
Obst- u. Gemüse-Börse
Große Marktstraße 12.

Gold Damenuhr, sehr eleg.
m. langer Kette, 20 Mk.
Ritterstraße 1b, 1.
Gebr. Fahrrad 25 Mk. E. Hessing
Wilhelmstraße 2.

Arbeiter-Gesangverein Einigkeit Magdeburg
Sonnabend den 19. September, abends 8 Uhr, im Saale
des Sachsenhofs, Große Storchstraße 7 1073

Feier des 26. Stiftungsfestes
bestehend aus Gesangsvorträgen und Tanz, unter freundlicher Mit-
wirkung des Männer-Gesangvereins Alte Neustadt.
Freunde und Bekannte, durch Mitglieder eingeführt, sind herzlich
willkommen. — Programme sind bei den Mitgliedern und im
„Sachsenhof“ zu haben. Der Vorstand.

Burg Bildungsausschuß Burg
Sonnabend den 19. September 1908
abends 8 Uhr, im „Grand Salon“

Großer Theater-Abend
Chacun à son goût
Direktion: Irma Gerdon Artisticcher Leiter: Leon Marion
Programme à 25 Pfg. im Vorverkauf sind im „Grand Salon“
und Konsumvereinslager zu haben, an der Kasse 30 Pf. 1072
Kinder unter 12 Jahren haben keinen Zutritt.

Anzüge u. Paletots
werden schnell und sauber angefertigt,
wenn der Kunde den Stoff angibt.
Anzug schon von 12 Mk. an
Friedrich Grau
Kreuzstraße 8

Eine nußbaum Wirtschaft
sehr billig z. verk. Marktstr. 7.
Für Brautpaare!
Kompl. nußbaum Wohnungs-
einrichtungen 275 Mk., hocheleg.
selbstig. Ausstattungen 400 Mk.
Einzeln ertragbar preisbillig.
Kheil, Möbelschlerei
696 Braunschweigstraße 10.
Vogelzüchter! Feinsteisige Kü-
jaat Pfd. nur 22 Pf. Glanz Pfd. nur
15 Pf. bei G. Schuberth, Drog., Sudenb.
Vbr. Fahrrad z. v. Kaufhald. St. 12, u. l.

Buckauer Möbelhaus
Feldstraße 20
Möbel, Spiegel und Polsterwaren
— in allen Holzarten und jeder Preislage in nur reeller Arbeit. —
Eigene Polsterwerkstatt.
Bei Ankauf von neuen Möbeln nehme die alten mit in Zahlung
Hermann Göbel.

Kindersegen
und kein Ende?
— Ein Wort an denkende Arbeiter —
von Fritz Brubacher, Arzt in Zürich.
II. Auflage. Preis 30 Pfg.
Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg, Große Münzstraße Nr. 3.

Konsumverein für Magdeburg und Umgegend
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Am Sonnabend den 26. September 1908, abends 8 1/2 Uhr
findet im **Parkepark**, Spielgartenstraße 1c, die
Ordentliche Generalversammlung
für das zweite Halbjahr 1908 statt mit folgender
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht über das erste Halbjahr 1908.
2. Wahlen von acht Aufsichtsratsmitgliedern.
3. Aenderung der §§ 9, 18, 20, 25 und 50 des Statuts.
4. Aenderung der Berichtsordnung.
5. Errichtung einer Kaffee-Kücherei.
6. Aussprache über das Konsumausdehng.
7. Berichte über den Wasserverbandung in Caedlinburg und
über den Genossenschaftsbeitrag in Eisenach.
Der Zutritt zu der Generalversammlung ist nur gegen Vorzeigung
des Mitgliedsbuchs gestattet.
Um recht zahlreiches Besuch ersucht
Magdeburg-N., den 10. September 1908.
Der Aufsichtsrat
des Konsumvereins für Magdeburg und Umgegend
Eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftung
Fr. Linder, Vorsitzender.

Kartoffeln
Magnum bonum, up to date. 3tr.
2.10 Markt, 10 Pfd. 25 Pfg. Koch,
Gr. Mühlentr. 2. Sittenhausen, achen.
Zurückgekehrt 426
Robert Volk
Zahn-Atelier
Sud., Halberstädter Str. 114.
RL. Gärten bei Sudenburg,
Luadratmeter von
5 Pfd. an. Wilk. Lehmann, Kleinw. 8.

Achtung!
Um Jämmer zu vermeiden, machen
wir das geehrte Publikum von Schöne-
beck u. Umg. darauf aufmerksam, daß
die Magdes. Petroleum- u. Seifen-
Werkst. sich nicht mehr existiert, und
an Stelle der Ges. vom 1. Sept.
d. J. in Gr. Salz ein gleiches Ge-
schäft haben. Es wird unser Be-
gehren sein, das geehrte Publikum
pünktlich und recht zu bedienen, da
wir nur gute Ware liefern. Wegen
näherer Auskunft, Dienstag
Schwarzstr. 10, in den nächsten
Tagen in der Umgegend. 439
Achtungsvoll
Fahlenberg & Co.

Wieder eingetroffen:
Der Praktiker
in
Garten, Hof und Haus
Obstbau
Preis 35 Pfg.
Buchhdlg. Volksstimme
Große Münzstraße 3
Dienstfeger gesucht
Schreiber, Gr. Rottendorfer Str. 235.

Achtung! Aftung!
Stafao billig
1/2 Pfd. 50 Pf., 1/4 Pfd. 26 Pf.,
1/8 Pfd. 15 Pf. 413
Ad. Redeker, Groß-Salze
Magdeburger Straße 9.
Ein neuer Spiegel ist w. Plagmanq.
z. verk. Goethestr. 1, part. rechts

Burg Frische Wurst!
85 B. Chowansky.

Stephanshallen
315 Dir. Rich. Probers
Abends 8 Uhr
Varieté-Vorstellung
Streng dezentcs Programm
für Familien-Publikum

Stadt-Theater.
Donnerstag den 17. September
Aida.
Freitag den 18. September
Lauhäuser.

Eldorado
Gr. Zunkerstraße 12.
Abends 8 Uhr
Varieté-Vorstellung
Sensationell!
Se. hochfürstl. Durchlaucht
Serenissimus Hieronymus XVI.
Im Cabaret: Heitere Vorträge.

Zentralverb. d. Pädagogen
Filiale Magdeburg.
Am Montag den 14. Sep-
tember starb unser Mitglied
August Werner
infolge Sturzes vom Dache.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag vorm. 11 Uhr von der
Leichenhalle des Südrriedhofs
aus statt. Die Verwaltung.

werteren Forderungen, an deren Spitze die Bürgerschaft für Anleihen seines verschwendetsten und kindischen Bruders steht. In verfallener Form tritt sogar die Forderung auf, daß der Sultan die Kosten der Expedition nach Casablanca bezahle. Ursprünglich sollte ja auch dieses in der Tat rechtlich unverschämte Verlangen eine Bedingung für die Anerkennung des Sultans bilden; das Eingreifen Deutschlands scheint das Pariser Kabinett bewogen zu haben, den Wunsch, daß die Marokkaner die Kosten des gegen sie geführten Krieges zahlen sollten, auf den zweiten Plan zu schieben. Ganz ver schwunden ist er nicht. Man wird nachträglich besondere Verhandlungen mit dem Sultan führen und hat als treffliches Mittel, ihnen Nachdruck zu verleihen, einige tausend Mann Soldaten im Lande.

Nach dieser Note kann für niemand ein Zweifel darin bestehen, daß es die Absicht Frankreichs ist, den neuen Sultan, sei es, in den Kampf zu treiben, sei es, durch Demütigung seine Stellung zu untergraben und den inneren Wirren frische Nahrung zu geben.

Dennoch ist es die Frage, ob es die Aufgabe Deutschlands sein kann, ein diplomatisches Duell mit Frankreich auszuführen. Hierbei stehen Interessen in Frage, mit denen verglichen alles, was in Marokko geschieht oder geschehen kann, nichtig erscheinen muß. Sehnt Deutschland die französische Note ab, so muß die Spannung der internationalen Lage in gefährlicher Weise wachsen.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 16. September 1908.

Reserve hat Ruh'.

Unser Arbeitsbrüder in den Kasernen werden in diesem Jahre mit ernstesten Gesichtern den bunten Rock ablegen, wie das ihre Vorgänger nötig hatten. Schwer lastet die wirtschaftliche Krise auf dem Erwerbsebenen und viele Tausende, die 2 Jahre der Sorge um das tägliche Brot enthoben waren, werden jetzt arbeitslos sein und vor dem Nichts stehen, es sei denn, daß sie vor ihrem Eintritt in die Kasernen Mitglied der Gewerkschaft waren und ihre Pflicht bis zuletzt erfüllten. Aber sie alle sind noch jung und arbeitskräftig, und über ein Weilschen werden sie schon unterkommen. Und zugleich wird man an sie herantreten mit dem Ansinnen, einem Militärverein beizutreten. In der Kasernen ist ja in den meisten Fällen schon vorgearbeitet worden. Am Ende der Dienstzeit hat man schöne Neben gehalten: Man sei sehr zufrieden gewesen mit der Mannschaft, sie hätten sich ausgezeichnet geführt; aber nun sei es auch Pflicht aller „eheliebenden“ Soldaten, im Zivilverhältnis die gute Gesinnung weiter zu betätigen, dazu gehört, daß sie sich von den roten Geheern mit ihrer „wüsten“ Agitation fernhalten. Nicht in Parteibereinen und in Gewerkschaften sei ihr Platz, sondern in dem Militär- oder Waffengefährtenverein. Dort werde die Vaterlandsliebe gepflegt und der soziale Friede. Wer aber in die Gewerkschaften eintrete, wer Sozialdemokrat werde, der breche gewissermaßen fernem Soldateneid, der sei so viel wert wie ein Deserteur.

Die Reservisten, die schon vor ihrer Dienstzeit erfahren haben, was ihnen Partei und Gewerkschaft waren, wissen ja, was sie von solchen Neben zu halten haben. Sie schweigen und denken sich desto mehr. Sie wissen, wie die „strenge aber gerechte“ Behandlung während der 2 Jahre war, und sie wissen, daß man ihnen mit dem Eintritt in die Militärvereine zumutet, sich mählichen Verrat zu üben an ihren Arbeitsbrüdern, an ihren Eltern und Geschwistern; daß sie sich damit an dem Fortschritt der ganzen Menschheit verjüngen würden.

Denn die Militärvereine verhindern ihre Mitglieder, die Staatsbürgerrechte nach freiem Ermessen, nach bester Ueberzeugung auszuüben. Zu diesem Zwecke haben sie ein System unheimlicher Gesinnungsschnüffelei eingerichtet. Wer nicht mit der jeweiligen Regierung durch die und dünn geht, der ist kein „Patriot“. Die Militärvereine hindern die Arbeiter, ihre Lage zu verbessern. Kein Mitglied darf einer ernsthaften Gewerkschaft angehören. Da aber die Unternehmer freiwillig weder die Löhne erhöhen noch die Arbeitszeit verkürzen, so bereuigen die Militärvereine das Elend und die Not der Arbeiter.

Das kann kein ehrlicher Arbeiter wollen. Er hat seiner Pflicht zwangsweise in der Kasernen genügt, jetzt aber wird er die Kameradschaft fortsetzen in freier, selbstgewähltem Wirken mit seinen Arbeitsgenossen, für gute Gesetze, für Freiheit, für ein besseres Stück Brot. Dazu ist er um so mehr verpflichtet, weil er bald nicht nur für sich, sondern auch für eine Familie zu sorgen hat. Von Gedankensfreiheit und patriotischen Ansprüchen uniformierter Unternehmern werden aber Frau und Kinder nicht satt.

Notwendiger als je zuvor ist der Zusammenschluß der Arbeiter in politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Das Unternehmertum erschwert den Aufstieg der Arbeiter durch „gelbe Arbeitervereine“, die das schimpflichste Verbrechen, das der Arbeiter kennt, den Streikbruch, organisieren. Die Grenze zwischen den Militärvereinen und diesen Streikbrechern, diesen Verräterkolonnen ist aber nur schmal, und wer erst in diesem Lager ist, wird leicht in das Lager der gelben Deserteure gedrängt. Dazu muß sich jeder Arbeiter für zu gut halten. Sein Platz ist nicht in dem Soldatenlandsturm der Regierung und des Unternehmertums, sondern als Freiwilliger in der aktiven Armee der Freiheit, in der sozialdemokratischen Partei, in den freien Gewerkschaften.

Ein herzliches Willkommen ist ihnen hier gewiß! —

Material für den Reichsverband.

Vor dem Landgericht Magdeburg hatte sich am gestrigen Dienstag der Kantor Richard Hecht zu Wabelben, geboren 1874, wegen fortgesetzter Unterschlagungen zu verantworten. Der Angeklagte war seit dem Jahre 1905 neben seinem Amte Erheber der Filialkasse der Kreisparasse in Reuhaldensleben und veruntreute fortgesetzt die von den Sparern eingezahlten Beträge sowie Gelder, die er von der Sparkasse abgehoben hatte, um sie den Berechtigten zurückzugeben. Die unterschlagene Summe beträgt etwa 5600 Mark. Hecht war auch Kassierer der Ortsgruppe des evangelischen Bundes und vereinnahmte 24 Mark, die bei seiner Flucht am 7. Mai d. J. fehlten. Später will Frau Hecht das Geld in einem Schächtelchen aufgefunden haben und lieferte es ab. Am 28. August 1904 empfing Hecht als Posthalter des Mannerturvereins 30 Mark zur Bezahlung einer Fahne. Hierfür den Betrag aber erst nach einigen Wochen ab. Die Sparkassengelder will der Angeklagte zur Bezahlung früherer Schulden und der durch Krankheiten in seiner Familie entstandenen

Kosten verbraucht haben. Im Volksmunde heißt es aber, er habe sehr lustig gelebt. Bei der Abhebung einer größeren Spareinlage fällt Hecht den Duitingsvermerk mit der Unterschrift der Spareinlage, will aber dabei geglaubt haben, sie sei damit einverstanden. Der Angeklagte wird wegen fortgesetzter Unterschlagung von Sparkassengeldern zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt, im übrigen erfolgte Freisprechung.

Bevölkerungsbewegung. Nach Mitteilung des Statistischen Amtes der Stadt Magdeburg betrug in der Woche vom 30. Aug. bis 5. Sept. die Zahl der Lebendgeborenen 62 männliche, 53 weibliche, zusammen 115; Gestorbene: 60 männliche, 29 weibliche, zusammen 89; innerhalb der Stadt Umgezogene (nach den Zugangsmeldungen) 409 männliche, 473 weibliche, zusammen 882; von auswärts Zugezogene 405 männliche, 386 weibliche, zusammen 791; nach auswärts Fortgezogene 487 männliche, 450 weibliche, zusammen 937; mit unbekanntem Ziele Fortgezogene 171 männliche, 117 weibliche, zusammen 288; Eheschließungen 50.

Feuer bezahlte Mithelligkeit. In der Nacht zum 5. Juli d. J. wurde der Feuerwehler in der Nähe der Friedensstraße muthwilligerweise gezogen und die Feuerwehr unwillkürlich alarmiert. Als Täter kam der Schmied Friedrich Franz Naumann in Verdacht. Er wurde am Dienstag auch vom hiesigen Schöffengericht trotz seines Leugnisses für überführt erachtet und zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. — Für andre Mithellige eine Warnung! —

Ueberfahren wurde am Mittwoch vormittag nach 11 Uhr das Schulmädchen Erudien Bachhaus auf dem Breiten Wege in der Nähe der Scholkestraße. Die Kleine hatte eben die Schule verlassen und spielte mit einigen Schulfreundinnen, wobei sie auf dem Bordstein entlang lief als ein Kollwagen der Firma Jacoby & Gutthnecht vorüberfuhr. Nun soll die Kleine erst an einen dort stehenden Laternenpfahl gerannt sein, wobei sie zu Falle kam und vor das Hinterrad des Gefährts geriet, das ihr über den linken Unterarm ging. Die Verunglückte wurde sofort dem allstädtischen Krankenhaus zugeführt, wo ziemlich erhebliche Verletzungen konstatiert wurden. Den Kutscher soll keine Schuld treffen.

Kellerbrand. Der Böschung 4 der Feuerwehr wurde am Dienstagabend um 10^{1/2} Uhr nach dem Hause Neue Straße 13a gerufen. Dasselbst waren in einem Keller zu einem Möbelloger gehörige Bettgestelle und Papierreste in Brand geraten. Das Feuer konnte in kurzer Zeit gelöscht werden.

Stadtheater. Die nächste Woche wird zwei hochbedeutende Erkaufungen bringen. Am Mittwoch den 23. September erleben wir das seltene Ereignis einer Kleistpremiere, denn Kleists Tragödie „Amphitryon“ geht in unserm Stadtheater zum erstenmal in Szene. Bekanntlich legte Kleist seinem „Amphitryon“ das gleichnamige Lustspiel Motiver zugrunde. Unsere Bühnenbearbeitung stammt von dem bekannten Schriftsteller Dr. Wilhelm Henzen. Dem originellen Werte wird Kleist dralischer Schwanz „Der zerbrochene Krug“ nachfolgen. Am Freitag den 25. September kommt zum erstenmal, und zwar in vollständig neuer Ausstattung an Dekorationen, Kostümen und Requisiten Puccinis Meisterwerk „Madame Butterfly“ zur Erkauführung. Puccini nennt sein Werk „Die Tragödie einer Japanerin“. Die erste deutsche Aufführung erlebte das Werk am Dresdner Hoftheater.

Militär = Justiz.

Kriegsgericht der 7. Division.

Magdeburg, den 16. September 1908.

Achtungsverletzung und Ungehorsam gegen seinen Vorgesetzten, und noch dazu ausgeführt vor versammelter Mannschaft: das sind Verbrechen, die vom Militärgericht mit besonders harten Strafen belegt werden zur Wahrung der militärischen Disziplin und Ordnung! Dies hat heute auch der Musiker Müller L. 26. Inf.-Reg., erfahren müssen, der sich wegen dieser Straftaten vor dem Kriegsgericht der 7. Division zu verantworten hatte. Am 11. August war Müller I wegen Verdachts einer Straftat in Untersuchungshaft genommen worden. Am 12. August wurde er in einer Korporalschaft von neuem Mann auf dem schwarzen Platz bei der Kasernen Parade ins Freie geführt, wo die Korporalschaft in Abständen von fünf Schritten umherging. Müller soll nun die Abstände nicht richtig eingehalten haben, wobei er sich zur Entschuldigung darauf berief, daß sein Vordermann ebenfalls die Abstände verchiedentlich erweitert habe. Der Arrestaufseher, welcher die Korporalschaft beaufsichtigte, erteilte Müller zweimal den Befehl, die Abstände genau einzuhalten, was dieser, wie er zugibt, gehört haben will, aber nicht ausführte. Auf Befragen, weshalb er die Befehle nicht befolgte, schwieg Müller. Der Ungehorsam des Angeklagten war somit festgestellt. Der Arrestaufseher, ein Wizefeldwebel, gab dann der Korporalschaft den Befehl, zu halten. Dies geschah nicht gleich, und so lief denn der Musiker vor die Korporalschaft, um sie durch Vorstrecken seines Armes zum Halten zu bringen, wodurch der die Korporalschaft leitende Gefreite sowie Müller I einen leichten Stoß vor die Brust erhielten. Müller sagte darauf: „Hassen Sie mich nicht an, ich beschwere mich nicht beim Feldwebel“. In diesen Worten soll die Achtungsverletzung im Dienst mit Drohung vor versammelter Mannschaft liegen. Der Vertreter der Anklage hielt die genannten Strafbefehle für erwieisen und beantragte eine Gesamtstrafe von 30 Tagen Gefängnis. Der Wizefeldwebel habe allerdings auch durch sein Armvorhalten vor schristwidrig gehandelt. Das Gericht ging noch über den Straf Antrag hinaus und erkannte auf zwei Monate Gefängnis. Als strafmildernd wurde angenommen, daß der Angeklagte durch das Verhalten des Arrestaufsehers gereizt worden sei. Der Angeklagte erklärte, Verurteilung einlegen zu wollen.

Letzte Nachrichten.

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Spezialtelegramm der „Volksstimme“.)

Dritter Tag, Vormittag.

ab Nürnberg, 16. September, 1 Uhr mittags.

Singer eröffnet die Verhandlungen mit der Bekanntgabe des Sieges in der Ersatzwahl in Ludwigshafen. (Sturm. Beifall.) Hierauf tritt die Versammlung in die Erledigung der Tagesordnung ein.

Die Budgetbewilligung.

Nach einem Vaden und einem Bayern soll auch ein Württemberg nach Bebel mit unbeschränkter Redezeit das Wort erhalten.

Bebel als Referent führt aus: Der Beifall, den der Wahlsieg in Ludwigshafen entziffelt hat, wird hoffentlich die Gemüter beruhigen, denn er zeigt, daß die Partei marschiert und daß wir alle Kräfte in gemeinsamer Aktion zusammenfassen müssen. (Beifall.) Die Budgetbewilligung der Vaden und der Bayern hat diesmal eine besonders große Erregung gezeitigt, weil die Partei von der Nachricht überrascht wurde, daß schon vor Monaten eine Verständigung unter den Süddeutschen getroffen worden sei, diesmal für das Budget zu stimmen. Zwingende Gründe für die Budgetbewilligung liegen weder in Vaden noch in Bayern vor. Man sagte daher jene Verständigung als ein Pronunziamento gegen wohlbedachte Parteibeschlüsse auf. Die süddeutschen Regierungen haben sämtlich für die Auswucherung des Volkes durch den Postarist gestimmt. Vaden hat den Fall Schlußverkauf dem Gewissen, hat den ausländischen Genossen bei einer internationalen Zusammenkunft

Schwierigkeiten gemacht. Die bairische Regierung hat erklärt, Sozialdemokraten müssen anders als die Mitglieder der bürgerlichen Parteien behandelt werden. Schon die Manneswürde hätte unsere Genossen abhalten sollen, dieser Regierung das Budget zu bewilligen. Der bairische Regierung nehme ich ihre Haltung nicht übel, nur unsern Genossen die Antwort auf diese Haltung. (Beif.) Nun hat der Minister Vaden erklärt, er sehe in der Budgetbewilligung infolge der beigegebenen Erklärung kein Vertrauensvotum. Der bairische Minister ist ein sehr geschickter Herr. (Heiter.)

In Bayern ist das allgemeine Wahlrecht erreicht worden, aber nicht durch die eigene Kraft, sondern durch eine eigenartige Konstellation der Verhältnisse. Wenn wir in Preußen das Wahlrecht nicht haben, an den Kämpfen unserer Genossen liegt es nicht. So leicht wie in Süddeutschland bekommen wir es in Preußen nicht. Da wird eines Tages Kopf und Kragen drangekehrt werden müssen. Schon der Kultusrat hätte die Bayern abhalten sollen, das Budget zu bewilligen. Nun hat allerdings die bairische Regierung erklärt, daß auch die Staatsbeamten und -arbeiter Mitglieder sozialdemokratischer Vereine sein können. Da sage ich: Abwarten! Aber die Süddeutschen sind zu vertrauensselig. Ja, wenn man bei Ministern Hausfreund ist und der Frau Minister die Hand küßt. (Heiterkeit.)

Der heutige Staat ist die politische Organisation zur Aufrechterhaltung der bürgerlichen Gesellschaft und der kapitalistischen Produktionsweise. Für uns entscheidend ist nur das Endziel und nicht Sozialreformerei. Der Masse ist unser Endziel klarzumachen. Es gibt keinen Arbeiter, der auf die Dauer unsern Ideen widerstehen könnte. Ich muß dringend bitten, daß der Parteitag die Resolution der Parteileitung annimmt. (Beifall. Beifall.)

Nächster Redner ist Landtagsabgeordneter Johannes Timm (München [Zuruf: Berliner Bayer]): Lassen Sie doch solche Ruhe, bis ich gesprochen habe. Wir hätten Wichtigeres zu tun, als uns über selbstverständliche Dinge zu streiten. Wir sollten die praktische Arbeit leisten, die die Massen verlangen. Statt dessen wird die kostbare Zeit mit wertlosen Debatten ausgefüllt. Die Baderer Resolution spricht von zwingenden Gründen. Ich will beweisen, daß solche zwingenden Gründe vorliegen. Im Gegensatz zum Vorjahr, wo sachlich diskutiert wurde, hat diesmal der „Vorwärts“ als Zentralorgan die Redensarten in unerhörter Weise aufgeschaukelt. Bebel hat oft den Appell an die schnelle Faust verurteilt. Jetzt wird in zügelloser Weise gegen die süddeutschen Parlamentarier gehehrt. Wir Abgeordneten in Bayern haben den Kontakt mit den Massen nicht verloren, wir stehen völlig in der Praxis des Kampfes. Unsere Theoretiker dagegen stehen zu wenig in der Praxis. Nach der Baderer Resolution war die Entscheidung, ob zwingende Gründe für die Budgetbewilligung vorliegen, in das Ermessen der Abgeordneten gestellt. (Widerspruch und Zustimmung.) Danach haben wir gehandelt. Kritik an unserm Verhalten ist natürlich erlaubt, sie muß nur sachlich bleiben. Der „Vorwärts“ dagegen, das verantwortliche Zentralorgan, hat die Abgeordneten persönlich verunglimpft. Von der „Leipziger Volkszeitung“ will ich nicht reden. Das ist Sache der sächsischen Genossen. Wenn ich Geschichtsleiter des Reichsligenverbandes wäre, so möchte ich aber wünschen, daß die jetzige Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ noch lange erhalten bleibe. (Beifall. Rufe: Sehr falsch!) Die Parteileitung hat Unweisungen über den brüderlichen Ton bei dem Verkehr unter Parteigenossen erlassen. Daran denkt niemand mehr. Fritol wird das Vertrauen zu den Fraktionsmitgliedern erschüttert. Die süddeutschen Abgeordneten sind geradezu vogelfrei. Der Parteivorstand hat nicht eingegriffen; ich klage ihn deshalb an. (Sehr richtig!) Warum ist der Parteivorstand nicht gegen die gebundenen Mandate eingeschritten, die dem demokratischen Prinzip widersprechen.

Redner legt ausführlich dar, daß die Bayern kein Pronunziamento gegen die Gesamtpartei loslassen wollten, daß die Abgeordnetenkonferenzen in Würzburg und Stuttgart nicht geheim waren, daß in Würzburg Pfannkuch zugegen war und daß, wenn er gewollt, er auch hätte in Stuttgart zugegen sein können. Redner zählt außerdem die Fortschritte in der Sozialpolitik und die Gehaltsaufbesserungen auf, die in Bayern erntungen seien und die hauptsächlich dem Eingreifen der sozialdemokratischen Fraktion zu danken seien. —

* Berlin, 16. September. „In bürgerlichen Blättern ist zu lesen: Fürst Eulenburg wird, wie verlautet, nur bis zum 1. Oktober d. J. in den ihm während der Dauer seiner Untersuchungschaft angewiesenen Räumen in der Charité verbleiben, da diese infolge der Vermehrung des Schwelern-Perionals dringend gebraucht werden. Die Verwaltung des Charité-Krankenhauses hat dies der Justizbehörde vorgelegt mit dem Bemerkten, daß sie auch keinen andern geeigneten Unterkunftsraum für den Fürsten zur Verfügung stellen könne. In welcher Weise nunmehr für die Unterbringung des Patienten Vororge getroffen werden wird, unterliegt noch der Erwägung der betreffenden Instanzen. — Na, im Schloß Liebenberg ist doch Platz genug! —

Hb. Innsbruck, 16. September. Bei dem in Senkung begriffenen Anbau zur Braunschweiger Straße im Digtal fürzte eine Mauer ein und begrub mehrere Arbeiter unter sich. Ein Arbeiter wurde getötet, mehrere schwer verletzt. —

Hb. Petersburg, 16. September. Der Generalgouverneur von Sebastopol ordnete an, daß alle Juden aus dem südlichen Teile der Stadt ziehen. Auch dürfen sich die Juden nicht in dem Teile, wo sich Kasernen befinden, aufhalten. Auch der vorübergehende Aufenthalt in diesen Stadtteilen ist den Juden verboten. —

Wb. Frankfurt a. M., 16. September. Wie der „Frankf. Jtg.“ aus Konstantinopel von gestern gemeldet wird, haben die Angehörigen der Anatolischen Bahnen ihre Direktion abgesetzt und in einer Depesche an den Großvezir angekündigt, sie würden am andern Tage unter eigener Direktion den Verkehr auf den Anatolischen Bahnen aufnehmen und aus den Einnahmen die Löhne, die geforderten Erhöhungen und die verlangte Gratifikation für einen Monat an alle Beamten bestreiten. —

Wb. Konstantinopel, 16. September. In der Stam-buler Vorstadt Fedi-Aule sind gestern durch eine Feuerbrunst 160 Häuser zerstört worden. —

Wb. San Sebastian, 16. September. (Meldung der Agence Fabas.) Der Minister des Äußern erhielt bereits mehrere Antworten auf die französische spanische Note betreffs Marokko. Mehrere Regierungen gaben ihre Zustimmung zu erkennen. Andre, insbesondere die deutsche Regierung, teilten mit, sie würden die Note prüfen. —

Wettervorhersage.

Wahrscheinliche Witterung am Donnerstag den 17. September: Nach herübergehendem Aufklaren wieder Regen. —

**Donnerstag
Freitag
Sonnabend**

Außergewöhnliches Angebot

Baumwollwaren!

Hemdenbarchent

Hemdenbarchent Körper, weiß 53 42 35 Pf.
Hemdenbarchent Körper, gestreift 39 32 Pf.
Hemdenbarchent zweiseitig geraucht **24 Pf.**

Hemdentuch

Renforcé feinfädig 42 Pf.
Madapolam prima Qualität, extra hart 39 36 Pf.
Hemdentuch hart- und feinfädig 33 **19 Pf.**

Louisianatuch

Louisianatuch prima Qualität, für Leibwäsche 55 50 Pf.
Louisianatuch prima Qualität, hart- u. feinfädig 42 Pf.
Louisianatuch schwere Qualität **32 Pf.**

Spezialmarken

Macco-Ersatz-Coupons bestes Waschuch, pa. Göttinger Qual. 20 Mtr. 10.25 10 Mtr. 5.25
Louisianatuch-Coupons prima Göttinger Qualität 20 Meter 7.00 10 Meter **3.60**

Bettdamast

Bettdamast extra schwere Qualität, neuße Dessins, 130 cm breit 1.20 80 cm breit 75 Pf.
Bettdamast prima Qualität, in großer Auswahl, 130 cm breit 95 80 cm breit 60 Pf.
Bettdamast prima Qualität, neuße Dessins, 130 cm breit 80 80 cm breit **50 Pf.**

Bettbezüge

Louisianatuch für Bettbezüge, extra schwere Qualität, 130 cm breit 95 80 cm breit 55 Pf.
Louisianatuch für Bettbezüge, prima Qualität, 130 cm breit 80 80 cm breit **45 Pf.**

Bettbezüge, kariert

Bettzeug kariert, prima Qualität, neuße Muster 42 Pf.
Bettzeug kariert, großes Musterinventar 38 Pf.
Bettzeug kariert, in großer Auswahl **29 Pf.**

Hauskleider

Kleiderwarp in großer Auswahl 52% 33 Pf.
Lama-Noppé neuße Dessins 65 Pf.
Hauskleiderstoffe mit Spitzen, englischer Gehmaß 90 80 Pf.
Hauskleiderstoffe prima Qualität, neuße Dessins 1.15 1.05 Pf.
Kleiderbarchent in großer Auswahl 60 52 33 Pf.
Kretonne und Blaudruck große Sorten 45 40 35 25 Pf.

Ein Posten Regenschirme Gloria und Körper, mit kleinen Schöpfkern **1.50**

Satin Augusta

Satin Augusta für Bezüge, extra schwere Qual., 130 cm breit 95 80 cm breit 55 Pf.
Kretonne u. Satin Augusta für Bezüge, in großer Auswahl, 80 cm breit 55 42 Pf.
Kaliko-Couvertüre für Bezüge, 80 cm breit **30 Pf.**

Inlette

Inlett grau/rot gestreift, 80 cm breit 48 Pf.
Inlett rot und rosa gestreift und uni, 80 cm breit 65 Pf.
Inlett rot und rosa gestreift und uni, 80 cm breit **35 Pf.**

Negligé-Stoffe

Körper für Negligé, prima Qualität 62 57 48 Pf.
Pique-Barchent für Negligé 45 Pf.
Damast für Negligé, in großer Auswahl 70 60 **44 Pf.**

Lakenleinen

Halbleinen prima Qualität, 130—150 cm breit 1.25 1.00 79 Pf.
Dowlas 130 cm breit, schwere Qualität 83 **50 Pf.**

Schürzen-Stoffe

Schürzenstoffe prima Qualität, 140 cm breit 90 Pf.
Schürzenstoffe prima Qualität, 118 cm breit 70 Pf.
Schürzenstoffe prima Qualität, 90 cm breit **52 Pf.**

Rock-Velour

Rock-Velour prima Qualität, kariert u. gestreift 72 53 Pf.
Rock-Velour in großer Auswahl 42 Pf.
Rock-Velour neue Streifen **36 Pf.**

Stepp-Gingham

Stepp-Gingham prima Qualität 60 Pf.
Stepp-Gingham große Auswahl 48 Pf.
Stepp-Gingham 65 cm, schöne Muster **25 Pf.**

Ein Posten Reste und Abschnitte
Louisianatuch Hemdentuch, Schürzenstoffe
Waschstoffe u. Kleiderstoffe bedeutend unter Preis

